

Für die **S**tärkung der **M**assenkaufkraft und eine gerechtere **E**inkommensverteilung

von Rolf Münster und Jörg Wiedemuth

Quelle: <http://www.piw.de/piw/piwhb/doc/gs98-01.pdf>

Hinweise für den Leser:

Die vorliegende Broschüre wurde für die Darstellung auf einem Computerbildschirm hergerichtet ohne daß auf die Option eines vollwertigen Ausdrucks (DIN A4) verzichtet werden muß. Der Leser kann also zunächst am Bildschirm recht bequem prüfen, ob der Text seinen Interessen so weit entspricht, daß ein Papierausdruck lohnt.

Autoren:

Rolf Münster, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim PIW
Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH, Bremen
(Zweigbüro NRW, Annastr. 4, 52134 Herzogenrath)

Jörg Wiedemuth, Gewerkschaft Handel, Banken und
Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf

©Rolf Münster, Jörg Wiedemuth

Einleitung	3
1. Massenarbeitslosigkeit: Das Gespenst zog sich zurück...und kehrte wieder!	4
2. Gibt es ein Standortproblem? - Was ist dran an den Arbeitgeberargumenten	7
Arbeitgeberargument: Die Löhne sind zu hoch?	8
Arbeitgeberargument: Der Sozialstaat hemmt die Wirtschaft?	10
Arbeitgeberargument: Wachstum, Wachstum, Wachstum...?	14
Arbeitgeberargument: Alle müssen den Gürtel enger schnallen?	16
3. Die Arbeitgeberargumente sind falsch! - Die Verteilung ist in der Schieflage	19
Arbeits- und Gewinneinkommen: „Es lebe der große Unterschied!“	21
Verfügbare Einkommen: Nur die Selbständigen haben gewonnen!“	23
Die soziale Lage hat sich verschärft: Immer mehr Armut... trotz wachsenden Reichtums!	25
Lohnsteuerstaat auf Abwegen: Waigel, Kohl und die Steuergerechtigkeit!	29
4. Politik der Gewinne: Falsche Diagnose...falsche Therapie	32
5. Stärkung der Massenkaukraft und Verkürzung der Arbeitszeit	35
Ausgewählte Quellen	39

Einleitung

„Unmerklich wurde im Verlauf der Ära Kohl das Prinzip der Steuergerechtigkeit außer Kraft gesetzt. Arbeitnehmer/innen mit den geringsten Einkommenszuwächsen tragen mittlerweile den Löwenanteil zur Finanzierung von Gemeinwesen und Sozialstaat bei. Dagegen konnten sich besserverdienende Selbständige und Unternehmen der Versteuerung ihrer Gewinne mehr und mehr entziehen. Als Rechtfertigung für die politisch in Szene gesetzte Bereicherung wird gern die Sorge um den Standort Deutschland ins Feld geführt.“

D. Eißel in: Mitbestimmung, Oktober 1997

Die Arbeitslosigkeit bricht seit Jahren immer neue Rekorde. Gleichzeitig wächst die Armut in der Bundesrepublik. Das Rezept von Regierung und Arbeitgebern gegen die Arbeitslosigkeit lautet: Genügsamkeit und Verzicht der abhängig Beschäftigten sowie Sozialstaatsabbau einerseits, kräftige Gewinnsteigerungen und Steuergeschenke für Unternehmen und Selbständige andererseits. Dies soll die Wirtschaft für den Weltmarkt fit machen. Der Export, so hoffen sie, soll neue Investitionen, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung herbeizaubern.

Rund 25% der volkswirtschaftlichen Produktion werden mittlerweile auf dem Weltmarkt abgesetzt. Die Überschüsse aus dem Export wachsen seit 1991 mit zweistelligen Raten. Deutschland gehört mit einem jährlichen Export je Einwohner von rd. 10.000 DM und einem Exportvolumen von über 800 Mrd. DM neben den USA und Japan zu den drei größten Exportnationen der Welt!

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist also ausgezeichnet, wie auch verschiedene Studien zeigen. Doch weder die Beschäftigten noch die Arbeitslosen haben davon einen Nutzen.

Mit dieser Broschüre soll folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Wie hat sich die Arbeitslosigkeit in der „Sozialen Marktwirtschaft“ entwickelt?
- Warum kann man nicht mehr auf Investition und Wachstum als Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit vertrauen?
- Wie steht es wirklich um den Standort Deutschland?
- Wohin hat die Kur der neo-liberalen Angebotspolitik Deutschland gebracht?
- Wie und warum hat die Kluft zwischen Arm und Reich so stark zugenommen?
- Welche Alternativen gibt es zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung?
- Warum ist die Stärkung der Binnen- nachfrage und die Verkürzung der Arbeitszeit richtig?

1.

Massenarbeitslosigkeit:

Das Gespenst zog sich zurück ...

... und kehrte wieder!

Das Wirtschaftswunder der 50er Jahre mit Wachstumsraten von rund 8% pro Jahr verführte in der Nachkriegszeit zu dem Optimismus, daß Wirtschaftskrisen mit dem System der Sozialen Marktwirtschaft überwunden seien.

Tatsächlich war schon Anfang der 60er Jahre die Nachkriegsarbeitslosigkeit in Höhe von rund 1,6 Millionen Personen beseitigt, und man konnte mit einer Arbeitslosenquote von 0,8% die Vollbeschäftigung verkünden.

Die erste schwere Rezession 1967 in der die Arbeitslosigkeit um rund 300 Tausend Personen stieg, bedeutete einen schweren gesellschaftlichen Schock.

Der Spuk hatte aber damals noch ein schnelles Ende: Innerhalb weniger Aufschwungjahre war die Vollbeschäftigung wieder hergestellt. Dennoch kam es zu einer politischen Reaktion in Form des Gesetzes zur Förderung von Stabilität und

Wachstum der Wirtschaft und des Arbeitsförderungsgesetzes.

Die „Soziale Marktwirtschaft“ schien denn auch in der Lage zu sein, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Bis Anfang der siebziger Jahre stieg die Arbeitslosigkeit zwar geringfügig an, aber im Durchschnitt lag sie bei nur 300 Tausend Personen, denen 600 bis 800 Tausend offene Stellen gegenüberstanden. Das Gespenst schien gebannt.

„(...) die freie Gesellschaft des Westens (verfügt) über Mittel (...), sich gegen die Wiederholung von Krisen zu wehren (...). Immerhin kann schon die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der letzten zwölf Jahre eine empirische Bestätigung dafür sein, daß das Gespenst der Arbeitslosigkeit als wirksam und endgültig gebannt angesehen werden darf.“ (Ludwig Erhard (1960), in: Deutsche Wirtschaftspolitik, Düsseldorf 1992)

Seit Mitte der 70er Jahre haben die Wirtschaftskrisen jedoch einen anderen Charakter. In den drei schweren Rezessionen 1975, 1982 und 1993 ist die westdeutsche Arbeitslosigkeit im Durchschnitt um jeweils 800 Tausend Personen angestiegen. Die Konjunkturaufschwünge haben daran nur wenig geändert.

Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg 1975 auf rd. 1,1 Millionen Personen und konnte bis 1979 nur auf 876 Tausend Personen reduziert werden. Die nächste Rezession begann auf diesem hohen Arbeitslosensockel und brach erstmals den Arbeitslosigkeitsrekord der unmittelbaren Nachkriegszeit: Bis 1985 schnellte die Arbeitslosigkeit auf 2,3 Millionen registrierte Arbeitslose hoch.

Die massive Nachfragesteigerung im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung brachte schließlich eine vorübergehende Entspannung auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt: Die registrierte Arbeitslosigkeit sank zwischen 1989 und 1991 von rd. 2,2 auf 1,7 Millionen Personen. Einen so starken Rückgang der Arbeitslosigkeit innerhalb kürzester Zeit hatte selbst das Wirtschaftswunder der 50er Jahre nicht vollbracht.

Doch die Beruhigung war schnell verflogen: Die Arbeitslosigkeit stieg bald wieder dramatisch an. 1996 waren im Jahresdurchschnitt knapp 4 Millionen Männer und Frauen arbeitslos gemeldet (davon 2,8 Millionen in Westdeutschland). Die Arbeitslosenquote betrug 11,5% (im Westen 10,1%, im Osten 16,7%).

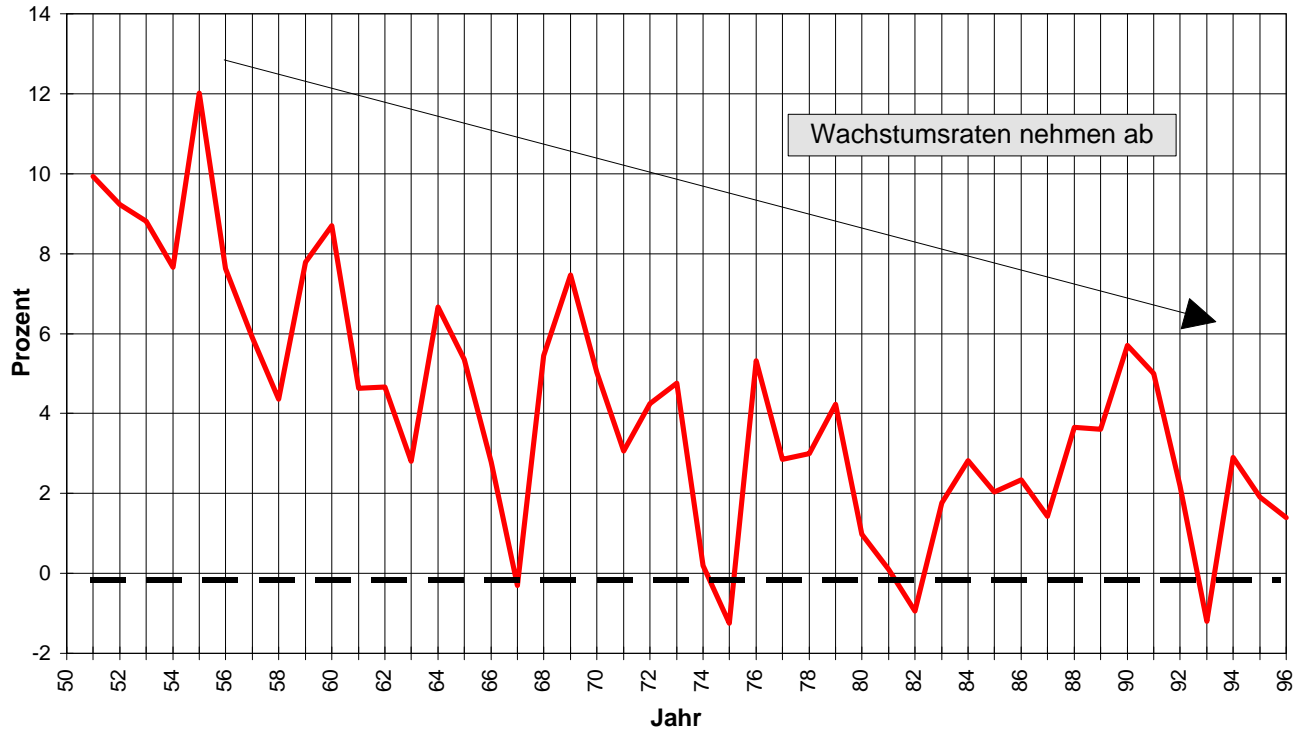
Am Jahresende 1997 waren 4,5 Millionen Menschen als arbeitslos registriert. Auf eine registrierte offene Stelle entfielen rd. 13 Arbeitsuchende.

Die stille Reserve, d.h. Personen, die sich wegen der Aussichtslosigkeit einer Vermittlung oder mangels Leistungsanspruch nicht arbeitslos melden, wird auf 3 bis 4 Millionen Menschen geschätzt, so daß insgesamt in Deutschland etwa 8 Millionen Arbeitsplätze fehlen.

Die Vorstellung, die Arbeitslosigkeit sei „wirksam und endgültig gebannt“, wie Ludwig Erhard 1960 meinte, ist von der Wirklichkeit überholt worden.

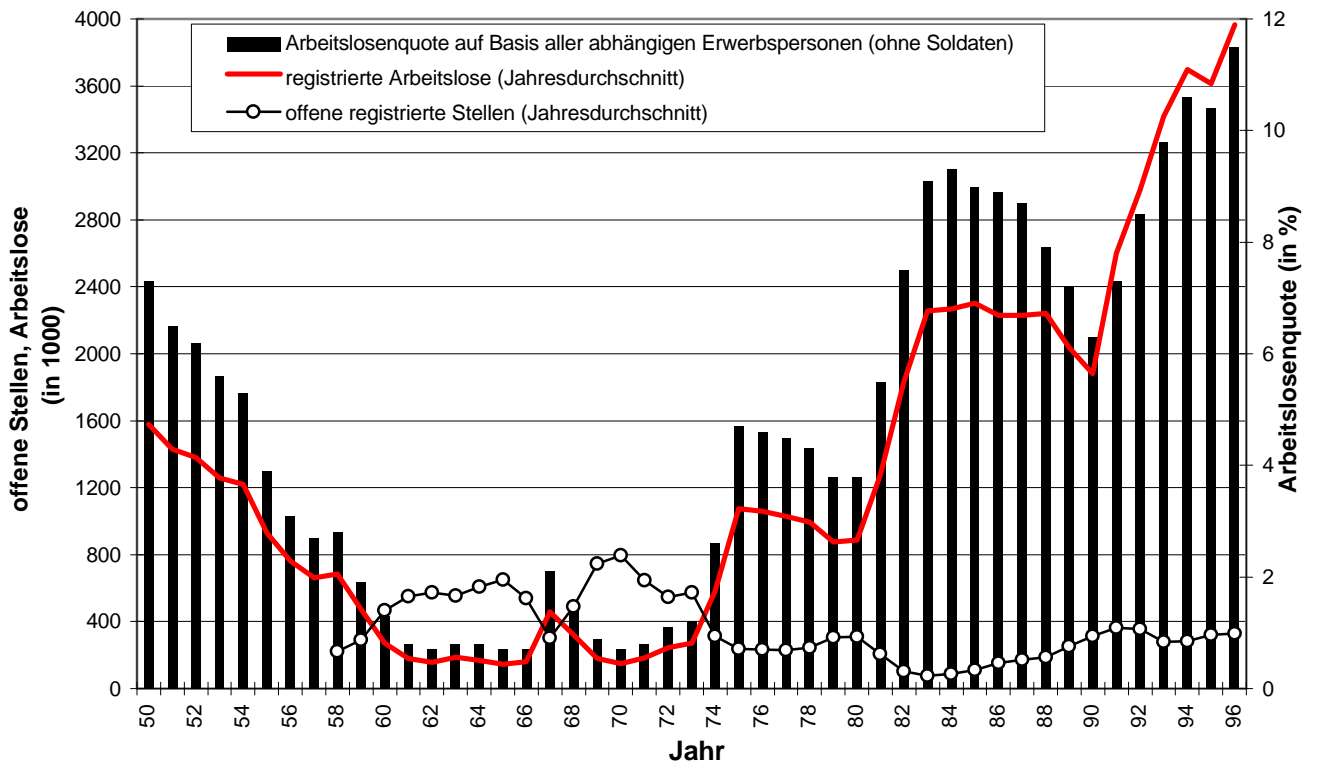
➤ Schaubild 1 und 2

Schaubild 1: Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsproduktes (1950-96)*



* Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 1992 Gesamtdeutschland. Für die Unterstützung bei der Erstellung der Schaubilder 1, 2, 5 und 14 sei Michael Philipp und Dr. Norbert Reuter vom Institut für Wirtschaftswissenschaften der TH Aachen gedankt.

Schaubild 2: Registrierte Arbeitslosigkeit und offene Stellen (1950-96)*



* Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung; ab 1991 Gesamtdeutschland.



Gibt es ein Standortproblem? -

Was ist dran an den Arbeitgeberargumenten?

Bereits in früheren Konjunkturkrisen wurde von Bundesregierung und Arbeitgeberverbänden behauptet, Westdeutschland habe ein Standortproblem. Seit der deutsch-deutschen Vereinigung allerdings reißt die Diskussion um die vermeintlichen Standortsschwächen nicht mehr ab.

Angeblich wird Deutschland auf den Weltmärkten von Billiglohnländern ohne Sozialsystem überholt. Tatsächlich werden jedoch 80% des Weltmarktes von entwickelten Industrieländern bedient, bei denen Lohnstruktur und Sozialsystem ähnlich sind. Der Weltmarkt, das sind überwiegend die entwickelten Industrieländer!

Aber selbst gegenüber den Reformländern des ehemaligen Rußland und den ostasiatischen Billiglohnländern erzielt der deutsche Warenhandel einen Überschuß, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jüngst nachgewiesen hat.

Erst im Zuge des Vereinigungsprozesses gab Deutschland seinen Weltmeistertitel bei Exporten und Exportüberschüssen an die USA bzw. Japan ab, blieb aber dennoch Vizeweltmeister und ist seit 1991 wieder auf dem besten Weg, die Spitzenposition zu erreichen. Für 1997 wurden über 120 Mrd. DM Exportüberschuß gemeldet.

Die Exporterfolge werden von den Standortkritikern allerdings nicht gerne zur Kenntnis genommen, statt dessen wird mit

indirekten Maßstäben gegen die Wettbewerbsfähigkeit argumentiert:

Erstens seien die Löhne zu hoch, zweitens der Sozialstaat zu teuer und deshalb müßten drittens deutsche Investoren ins Ausland abwandern und ausländische Investoren kämen nicht mehr nach Deutschland.

Doch auch Japan, als gefürchtetes Vorbild aller Kostenwettbewerbsfähigkeit, zieht weniger ausländische Investitionen an als es selbst im Ausland investiert.

Im Übrigen sind die sogenannten Direktinvestitionen nicht Abwanderung von Arbeitsplätzen sondern Zahlungsströme: Die geplante Übernahme der französischen Versicherungsgruppe AFG durch die Allianz hätte sich in der Statistik als deutsche Direktinvestition im Ausland in Höhe von 18 Mrd. DM niedergeschlagen. Niemand aber käme auf die Idee, den ökonomischen Erfolg einer solchen Übernahme als deutsche Standortsschwäche zu interpretieren.

Die anhaltende und steigende Arbeitslosigkeit ist kein deutsches Standortproblem. Fast alle großen Industrieländer leiden unter hoher Arbeitslosigkeit. Selbst die vielgelobte „Vollbeschäftigung“ der USA ist mehr ein statistischer als ein wirtschaftspolitischer Erfolg: Zum einen basiert die US-amerikanische Arbeitsmarktbilanz nur auf einer einwöchigen Stichprobenerhebung. Wer innerhalb einer bestimmten Befragungswoche einer bezahlten Tätigkeit nachgeht, gilt als Beschäftigter. Zum zweiten wird die so erhobene Tätigkeit selbst dann als Arbeitsplatz gewertet, wenn sie noch so geringfügig ist, also etwa nur zwei Arbeitsstunden täglich umfaßt. Die Arbeitslosenquote läge, nach diesem Verfahren berechnet, in der Bundesrepublik nur noch bei ca. 7,6%, schätzt ein US-amerikanischer Gewerkschaftsvertreter.

Arbeitgeberargument: Die Löhne sind zu hoch?

Die sogenannte Standortschwäche wird häufig damit begründet, daß es in Deutschland viel höhere Stundenlöhne als im Ausland gäbe. Doch der Vergleich hinkt, weil die Produktivitätsunterschiede nicht berücksichtigt werden.

Wer in einer Stunde den doppelten Umsatz macht oder das doppelte produziert, darf auch den doppelten Stundenlohn haben.

In der Volkswirtschaftslehre wird das Verhältnis von Lohn zu Umsatz bzw. Produktion als Lohnstückkosten bezeichnet und gesamtwirtschaftlich berechnet.

Zieht man die Lohnstückkosten heran, läßt sich ein Standortnachteil der Bundesrepublik nicht mehr nachweisen. Im Gegenteil: Selbst eine von Wirtschaftsminister Rexrodt beim Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (München) in Auftrag gegebene Studie weist das Argument zu hoher Lohnkostenbelastung zurück:

„Die Daten zeigen, daß westdeutsche reale Lohnstückkosten im internationalen Vergleich weder übermäßig hoch sind, noch daß sie seit 1980 überdurchschnittlich stark gestiegen sind: Im Kreis der G5 sind Deutschlands reale Lohnstückkosten sogar am niedrigsten (!), den höchsten Wert hat Japan. Bei der Veränderung seit 1980 schneidet Deutschland gemeinsam mit Frankreich am besten ab...

Die These vom 'Hochlohnland' Deutschland konnte nicht bestätigt werden...“ (R. Köddermann, in: ifo-Schnelldienst, Nr. 20/1996; Hervorhebung, R.M.)

Insgesamt, so ein Ergebnis des Gutachtens, „bestätigen die Daten...die These von den maßvollen deutschen Gewerkschaften und belegen, daß hohe Stundenlöhne bei kurzen effektiven Arbeitszeiten gerechtfertigt sind.“

➤ Schaubild 3

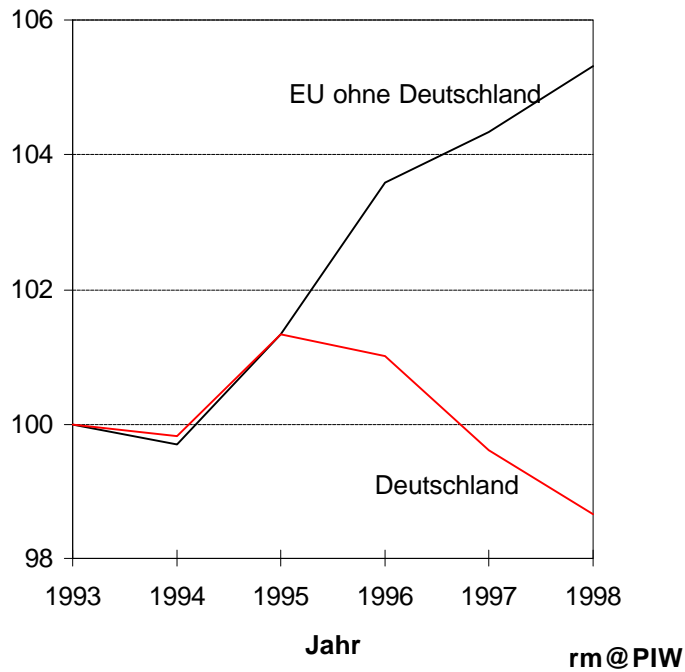
Trotz solcher Regierungsstudien appelliert der Bundeskanzler an die abhängig Beschäftigten „einige Jahre auf die Erhöhung der Reallöhne zu verzichten“. Damit erweckt er den Eindruck, als hätten die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sich in der Vergangenheit stetig steigender Reallöhne erfreuen können. Doch seit mittlerweile 5 Jahren sind Reallohneinbußen zu beklagen - mit Ausnahme des Jahres 1996, das eine geringfügig Steigerung der Massenkaufkraft brachte.

➤ Schaubild 4

In der Standortdiskussion wird häufig mit schiefen Daten und Methoden gearbeitet. So ist zum Beispiel die lohnbezogene Standortproblematik an Hand einer Bewertung der Lohnstückkosten in Einheitswährung, etwa in US-\$, unzulässig, denn 40 DM Lohn bedeuten 20\$ bei einem Wechselkurs von 2 DM/\$ und 40 \$ bei einem Kurs von 1 DM/\$. In Dollar oder anderer Fremdwährung berechnete Lohnstückkosten sind dann nicht mehr Lohnstückkosten, sondern „Lohnstück- Wechselkursstückkosten“. Bewertet man die Löhne in Dollar, um einen internationalen „Lohnstückkostenvergleich“ zu unternehmen, so ergibt sich, daß allein der wechselkursbedingte Anstieg seit Anfang der 70er Jahre bis in die jüngere Zeit gut 240% ausmacht, und zwar auf Grund der geradezu stetigen DM-Aufwertung von rd. 3,50 DM Anfang der 70er Jahre auf etwa 1,45 DM je Dollar bis 1996. Aufwertungen sind nun aber gerade eine Folge von Außenhandelsüberschüssen und der entsprechenden DM-Nachfrage, und es ist geradezu paradox, sie als Lohnkostenbestandteile zu verstehen, um einen entsprechenden Standortnachteil behaupten zu können.

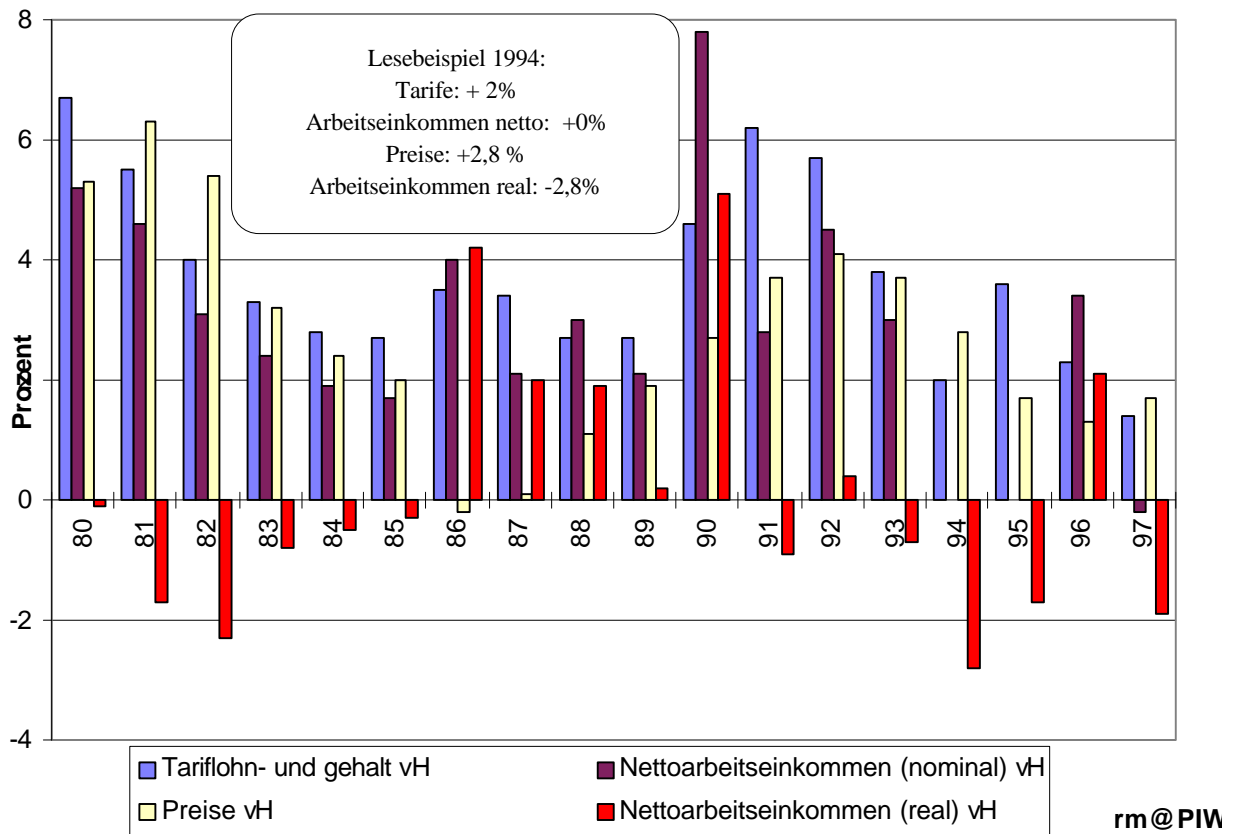
Fazit: Die Löhne sind im internationalen Vergleich gemessen an der Produktivität eher zu niedrig als zu hoch.

**Schaubild 3: Lohnstückkosten in Landeswährung
(1993=100)***



* Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Schaubild 4: Entwicklung von Tariflöhnen, Nettoarbeitseinkommen, Preisen und Nettoarbeitseinkommen (real) (Alte Bundesländer, 1980-97, Veränderung gegenüber Vorjahr vH)*



* Quelle: WSI. Ab 1992 vorläufige Ergebnisse; ab 1996 verzerrt durch Verrechnung des Kindergeldes mit der Lohnsteuer, Arbeitseinkommen incl. Selbständige.

Arbeitgeberargument: Der Sozialstaat hemmt Wirtschaft?

Standortschwächen, obwohl nicht nachweisbar, werden gern als Auswuchs überbordender Sozialsysteme dargestellt, welche wie „Mühlsteine an unserem Hals“ hängen.

Eigentlich, so der Kern der Argumentation, sei Wachstumspolitik die beste Sozialpolitik. Der Abbau des Sozialstaates soll die Unternehmen stärken und bei abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen den Druck zur Arbeit erhöhen und damit die Wachstumsmaschine wieder auf Hochtouren bringen.

Der schon in den 80er Jahren beeindruckende Kürzungskatalog ist in den letzten Jahren erweitert worden:

- Einschnitte bei der beruflichen Fortbildung und der Förderung von ABM-Beschäftigten (1992)
- Senkung von Lohnersatzleistungen, Wegfall des Schlechtwettergeldes im Baugewerbe (1993)
- Kürzung von Lohnersatzleistungen, Deregulierung der Arbeitsmarktpolitik (1994)
- Kappung der Sozialhilfe, Einschränkung der Arbeitsmarktpolitik und Abbau von Gesundheitsleistungen. (1996)
- Einschränkung der Lohnfortzahlung und der Krankengeldzahlung (1996)

Im Gegenzug werden die Unternehmen gestärkt: Während der Anteil der Gewinne an der gesamtwirtschaftlichen Produktion (Bruttoinlandsprodukt) von 21 auf über 23% gestiegen ist, ist der Anteil der Gewinnsteuern von 6 auf 4% gesunken.

Doch das Wachstum will sich nicht erholen und die Arbeitslosigkeit steigt und steigt und steigt...

Wenn diese Wachstumstherapie nicht greift, so Regierung und Arbeitgeber, müsse die Dosis 'Sozialabbau' eben erhöht werden: Doch was ist, wenn die Diagnose nicht stimmt?

Sozialstaatsabbau trifft vornehmlich einkommensschwache Bevölkerungsschichten und führt damit zu weiteren Nachfrageausfällen. Aber angeblich lassen sich Verluste bei der Inlandsnachfrage auf den Weltmärkten ausgleichen.

Doch mit der Flucht in den Export kommt es zur ruinösen Konkurrenz der nationalen Volkswirtschaften: Das Land mit den schlechtesten Sozialstandards, dem niedrigsten Steuer- und Lohnniveau und den längsten Arbeitszeiten wird zum Leitbild der Wettbewerbsfähigkeit. Es beginnt ein internationaler Wettlauf um den schlechtesten Sozialstaat

„Tatsache ist, daß die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so vorteilhaft wie schon lange nicht mehr sind.“ (Norbert Blüm in Frankfurter Rundschau v. 3. Jan.98)

Die Unternehmen investieren aber trotzdem nicht wie erhofft. Die die Funktionäre der Arbeitgeberverbände klagen weiterhin über den für die Wirtschaft schlechten Standort Deutschland und fordern immer weitergehendere Einschnitte in den ohnehin schon in der Substanz gefährdeten Sozialstaat. Diese Ingnoranz von Henkel&Co. ob der Bemühungen der Kohl-Regierung mußte irgendwann selbst den Bundessozialminister verdrießen - hat er doch seit 1982 eine „stolze Bilanz des Sozialabbaus“ vorzuweisen. Er möchte diesen sozialen Kahlschlag jedoch als Verbesserung der Investitionsbedingungen für das Kapital und als Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit verstanden wissen; um so tiefergehend sitzt die Enttäuschung über die mangelnde Anerkennung durch das Unternehmerlager. Aber auch diese darf er nicht mehr äußern, da dadurch die angelaufene Unterstützungaktion der Arbeitgeberverbände für die noch bestehende Bundesregierung gefährdet würde. Bereits die Aufforderung, doch jetzt bitte arbeitsplatzwirk-

sam zu investieren, bewerten die Arbeitgeberfunktionäre als Kritik an ihrer Politik.

Wachstum ist kein Garant für soziale Gerechtigkeit: Der Konjunkturaufschwung 1983-86 hat 25% mehr Sozialhilfeempfänger und 25% mehr Besserverdienende (über 100.000 DM Jahreseinkommen) hervorgebracht.

In einem Brief an die Bundestagsmitglieder der Koalitionsparteien listete Blüm Mitte Januar 1998 die wichtigsten Gesetzesveränderungen seit der „geistig-moralischen Wende“ durch die Kohl-Regierung 1982 auf und kommt zu dem Schluß, daß diese bezogen auf das Jahr 1997 eine „Entlastungswirkung“ von 98 Mrd. DM ausmachen würden.

60 Mrd DM betreffen die Rentenversicherung und 38 Mrd DM den Bereich der Arbeitslosenversicherung.

Die Formulierungen des Briefes atmen die ganze illusionäre Hilflosigkeit des Sozialministers, der sich einerseits gegen den Vorwurf des Stillstandes und des Reformstaus zur Wehr setzen will und dem andererseits vielleicht aufscheint, daß dies alles vergebens gewesen sein könnte.

Die nachstehenden Übersichten folgen im Wesentlichen dem oben zitierten Blüm-Brief.

➤ Übersicht 1 und 2

Übersicht 1: Katalog der Kürzungen bei der Rentenversicherung

1. Haushaltsbegleitgesetze 1983/84 und Hinterbliebenenrechtsreform:

Eigenbeteiligung der Rentner an Krankenversicherung; Verschiebung der jährlichen Rentenanpassung um 6 Monate; Einkommensanrechnung bei Witwen- und Witwerrenten.

Entlastungswirkung 1997: 24,8 Mrd. DM
(Rentenversicherung 17,2 Mrd. DM; Bundeshaushalt 4,4 Mrd. DM)

2. Rentenreformgesetz 1992:

Umstellung der Rentenanpassungen auf das Nettoprinzip; erste Begrenzung der Anrechnungszeiten wg. Ausbildung v. 13 auf 7 Jahre; Absenkung des Anrechnungsniveaus für beitragslose Zeiten wg. Krankheit und Arbeitslosigkeit v. 80 auf 75 %; stufenweise Anhebung der Altersgrenzen von 60 und 63 Jahren auf die Regelaltersgrenze v. 65 Jahren ab 2001.

Entlastungswirkung 1997: 21,6 Mrd. DM
(17,2 Mrd. DM Rentenversicherung; 4,4 Mrd. DM Bundeshaushalt)

3. Gesetz zur Förderung des gleitenden Übergangs in den Vorruhestand 1996:

Vorziehen der Anhebung der Altersgrenze für Arbeitslose auf 1997. Insgesamt für 1997 noch keine Einsparungen - mittelfristig wird jedoch mit erheblichen Einsparungen gerechnet. (Die 1997 die Rentenversicherung belastenden Fälle bei vorgezogener Altersrente machten rd. 25 Mrd. DM aus).

4. Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz 1996:

Nochmalige Verkürzung der Anrechnungszeiten für Schulausbildung von 7 auf 3 Jahre; Vorziehen der Anhebung der Altersgrenze für Frauen und langjährig Versicherte auf das Jahr 2000; Leistungseinschränkungen bei Fremdreuten; Begrenzung der Ausgaben bei der Rehabilitation usw.

Entlastungswirkung 1997: 11,8 Mrd DM
(Rentenversicherung 9,9 Mrd und Bundeshaushalt 1,9 Mrd)

5. Rentenreformgesetz 1999:

Langfristige Absenkung des Rentenniveaus auf 64%. Folge wird sein, daß das sog. „Netto-Eckrentenniveau“, heute rd. 70 %, im Jahr 2010 nur noch 66,6 und im Jahr 2030 nur noch 64 Prozent betragen wird. Alle bisher wirksamen Einschnitte in die Rentenversicherung durch die Kohlregierung seit 1982 haben zu erheblichen Verschlechterungen des Rentenniveaus geführt. Die entsprechende „Netto-Eckrente“, d.h. die Rente die sich nach 45jähriger Beitragszahlung auf der Basis des jeweiligen Durchschnittsverdienstes errechnet liegt daher bei 1.974,70 statt bei 2.561,-DM. Allerdings wäre auch ein entsprechend höherer Beitragssatz erforderlich.

Vgl. Frankfurter Rundschau vom 28. Januar 1998, in der der vollständige Text des Blüm-Briefes abgedruckt ist.

Übersicht 2: Katalog der Kürzungen bei Arbeitsförderung und Arbeitslosenversicherung

1. Haushaltsbegleitgesetze 1983/84:

Stärkere Differenzierung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld nach vorherigen Beitragszeiten:

Entlastungswirkung: 3 Mrd. DM

2. 10 AFG-Novelle 1993:

Verschlechterung bei den ABM-Förderbedingungen:

Entlastungswirkung 7,5 Mrd DM

3. Gesetz zur Umsetzung des Förderalen Konsolidierungsprogramms 1993:

Umstellung, Anpassung, Arbeitslosengeld.

Entlastungswirkung 1,5 Mrd DM

4. Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms 1994:

Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf 1 Jahr, Senkung der Lohnersatzleistungen; u.a.

Entlastungswirkung: 12,5 Mrd DM

5. Arbeitslosenhilfereform 1996:

Senkung des Bemessungsentgeltes für die Arbeitslosenhilfe um 3 % pro Jahr; u.a.

Entlastungswirkung: 2,8 Mrd DM

6. Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz 1996:

Aussetzen der Dynamisierung bei Lohnersatzleistungen, Veränderung der Fälligkeit von Beitragszahlungen u.a. Entlastungswirkung 4,3 Mrd DM

Verschärfung der Vermögensanrechnung bei Arbeitslosenhilfe u.a.

Entlastungswirkung: 4,3 Mrd DM

7. Jahressteuergesetz 1997:

Verschärfte Vermögensanrechnung bei der Arbeitslosenhilfe, u.a.

Entlastungswirkung: 0,9 Mrd. DM

8. Arbeitsförderungsreformgesetz 1997:

Veränderung bei der Zumutbarkeit (Anfahrtszeiten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte auf 3 Stunden pro Tag, Abschaffung des Berufsschutzes in Bezug auf anzunehmende neue Arbeit; Reduzierung des Entgeltschutzes: „80 % des bisherigen Entgeltes in den ersten 3 Monaten der Arbeitslosigkeit bis auf die Höhe des Arbeitslosengeldes ab 6 Monate Arbeitslosigkeit“; Erhöhung der Altersgrenzen für den Anspruch von Arbeitslosengeld über ein Jahr hinaus, Verschlechterung der Abfindungsregelungen; Verschärfung der Meldepflicht: alle drei Monate neue Arbeitslosigkeitsmeldung erforderlich; Nachweiseinbringung des Arbeitslosen, daß er sich eigenständig um eine neue Beschäftigung bemüht hat.

Entlastungswirkung: ca. 2,2 Mrd DM

8 Sonstige Maßnahmen:

Verstärkte Meldekontrollen, globale Minderausgaben, Reduzierung der Mittelansätze, Veränderung der Fördervoraussetzungen:

Entlastungswirkung 3,8 Mrd DM

Vgl. Frankfurter Rundschau vom 28. Januar 1998.

Arbeitgeberargument: Wachstum, Wachstum, Wachstum...?

Die konservative Politik hält Wachstum nach wie vor für die Lösung aller wirtschaftlichen Probleme. Doch die Wachstumsraten haben sich gegenüber den sechziger und siebziger Jahren halbiert, die Arbeitslosigkeit hat sich hingegen verdoppelt.

Warum sollte sich der über Jahrzehnte verlaufene Prozeß verlangsamer Wachstumsraten einfach umkehren lassen?

Zudem wird ein Wachstum von 2% allein dazu benötigt, den Wegfall von Arbeitsplätzen durch technischen „Fortschritt“ zu kompensieren. Erst wenn die Wirtschaft noch stärker wächst, also z.B. mit 4%, entstehen neue Arbeitsplätze. Doch selbst bei derartigen Wachstumsraten würde es mehr als 20 Jahre bis zu einer Annäherung an die Vollbeschäftigung dauern.

Die einseitige Orientierung der Wachstumspolitik ist schon in der Vergangenheit gescheitert. Hätten wir seit 1960 die politische Zielgröße von 4% Wachstum durchgehalten, so gäbe es heute statt eines Güterbergs von 3000 einen von über 4000 Mrd. DM, d.h. es müßten rund 30% mehr an Gütern verkauft werden.

➤ Schaubild 5

Wie will man die produzierten Güter an den Mann und die Frau bringen, wenn man die Kaufkraft schwächt und mit möglichst wenig Personal operiert?

Regierung und Arbeitgeber geben sich dennoch der Illusion hin, ein zweites deutsches Wirtschaftswunder entfachen zu

können, indem sie Löhne und Gehälter drücken.

Löhne und Gehälter bedeuten jedoch inländische Konsumnachfrage und wer diese bremst, verhindert Wachstumsmöglichkeiten. Aber die Nachfrage stellt im neoliberalen Wirtschaftskonzept kein Problem dar: Sie stellt sich angeblich im Zuge von Wachstumsprozessen automatisch ein.

Wenn Nachfrage kein Problem ist, warum treiben sich die Unternehmen dann auf der ganzen Welt herum, um sie zu finden?

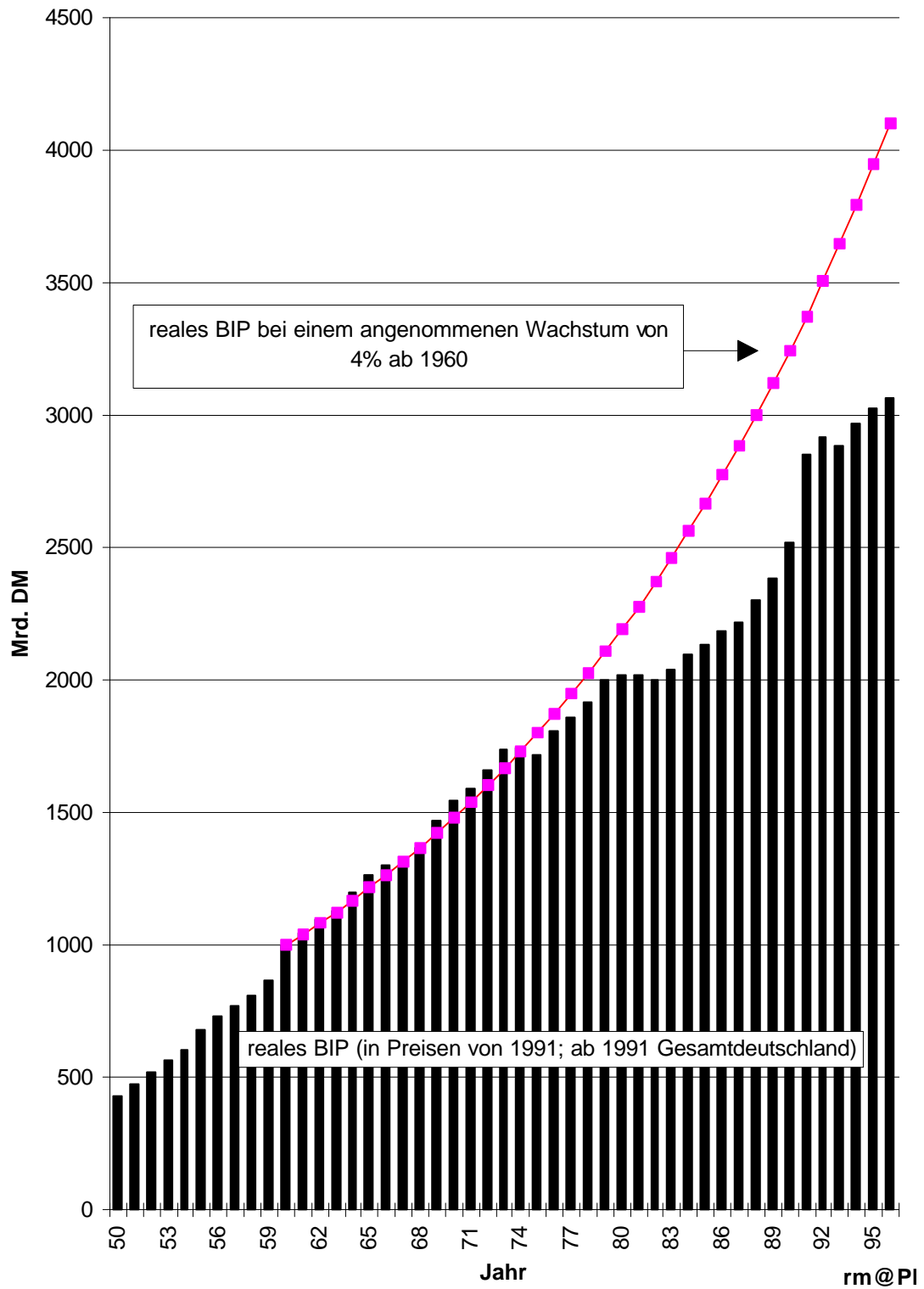
Mit der seit Mitte der 70er Jahre abgeschwächten Inlandsdynamik sind die Unternehmen verstärkt auf Auslandsmärkte geflüchtet. Die Exporterfolge sind jedoch mit weiter steigender Arbeitslosigkeit einhergegangen. Und mit der Flucht in den Export ergibt sich ein neues Problem:

Die Arbeitseinkommen sind angeblich zu hoch, der Standort zu schwach, um im internationalen Absatzkampf endgültig zu obsiegen.

Doch wenn ein Land die Löhne drückt, ziehen Weltmarktkonkurrenten nach. Es ist als wolle man einen 100-Meter-Lauf gewinnen, indem man die Strecke immer wieder verkürzt: Am Ende stehen alle still.

Fazit: Die Inlandsmärkte wurden in der Politik der Vergangenheit offensichtlich vergessen. Doch gerade hier bieten sich Wachstumschancen, insbesondere wenn niedrige Konsumenteneinkommen gestärkt werden.

Schaubild 5: Tatsächliche und erwartete Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP)



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und eigene Berechnungen

Arbeitgeberargument: Alle müssen den Gürtel enger schnallen ?

Die Verlautbarungen seitens der Arbeitgeberverbänden und der Regierung laufen darauf hinaus, daß es auf Grund von Standortschwächen zu einer Art wirtschaftlicher Mangelsituation gekommen sei. Demzufolge müsse jetzt bei den Masseneinkommen Verzicht geleistet werden, um in Zukunft wieder höheres Wachstum zu erzielen.

Richtig ist, daß in einer stark wachsenden Wirtschaft der Verteilungskonflikt leichter zu lösen ist. Solange das Pro-Kopf-Einkommen für jeden spürbar steigt, werden die zugrundeliegenden Einkommensabstände nicht als so anstößig empfunden, weil es eben jedem immer besser geht.

Die traditionelle Auffassung des „Verteilungsspielraums“ besagt, daß nur der jährliche, wirtschaftliche Zuwachs zur Verteilung ansteht. Problematisch wird dies, wenn dieser Zuwachs im Verlauf jahrzehntelanger Entwicklung und damit Ausreifung einer Volkswirtschaft nachzulassen beginnt. Der Verteilungskonflikt wird dann schärfer und muß also auch zum Gegenstand der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gemacht werden:

Es geht nicht mehr nur darum, wie Zuwächse verteilt werden, sondern wie das gesamtwirtschaftliche Einkommen als Ganzes von Jahr zu Jahr verteilt wird bzw. verteilt werden soll.

„Unsere gravierenden wirtschaftspolitischen Probleme, insbesondere die hartnäckig hohe Arbeitslosigkeit, beruhen jedenfalls nicht auf einer zu geringen Wettbewerbsfähigkeit. Sie sind hausgemacht und müssen wirtschaftspolitisch intern bekämpft werden... Politischer Motor der Standortdebatte sind Verteilungskonflikte.“ (Erhard Kantzenbach, Präsident des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA), in: Frankfurter Rundschau vom 22.11.1995)

Die Aufforderung, man müsse jetzt den Gürtel enger schnallen, ist allerdings an Hand der wirtschaftlichen Entwicklung nicht gerechtfertigt.

Es gibt zwar eine langfristige Abschwächung der Wachstumsraten, aber das westdeutsche Sozialprodukt je Einwohner, also vom Baby bis zum Greis, ist zwischen 1980 und 1996 immerhin noch um real 27,7% gestiegen. Obwohl dieses Pro-Kopf-Plus im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung gesunken ist, beträgt es für den genannten Zeitraum gesamtdeutsch noch 14,3%.

Dieses reale Pro-Kopf-Wachstum ist das Ergebnis des Produktivitätsfortschrittes, d.h. Ausdruck der Tatsache, daß gesamtwirtschaftlich immer mehr Güter und Dienstleistungen mit immer weniger Arbeitskraft und immer besseren Maschinen produziert werden können.

Der Produktivitätsfortschritt hat vor allem zwei Aspekte:

1. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen sinkt, so daß ohne entsprechende Arbeitszeitverkürzung auch die Nachfrage nach Arbeit abnimmt. Dies kann man so deuten, daß die Arbeit zu teuer wäre, obwohl sie tatsächlich nur produktiver geworden ist.

2. Die abhängig Beschäftigten und ihre Angehörigen nehmen am realen Einkommens- und Wohlstandszuwachs nicht teil, wenn die Arbeitseinkommen lediglich in Höhe der Inflationsrate steigen und der Produktivitätsfortschritt nicht einbezogen wird.

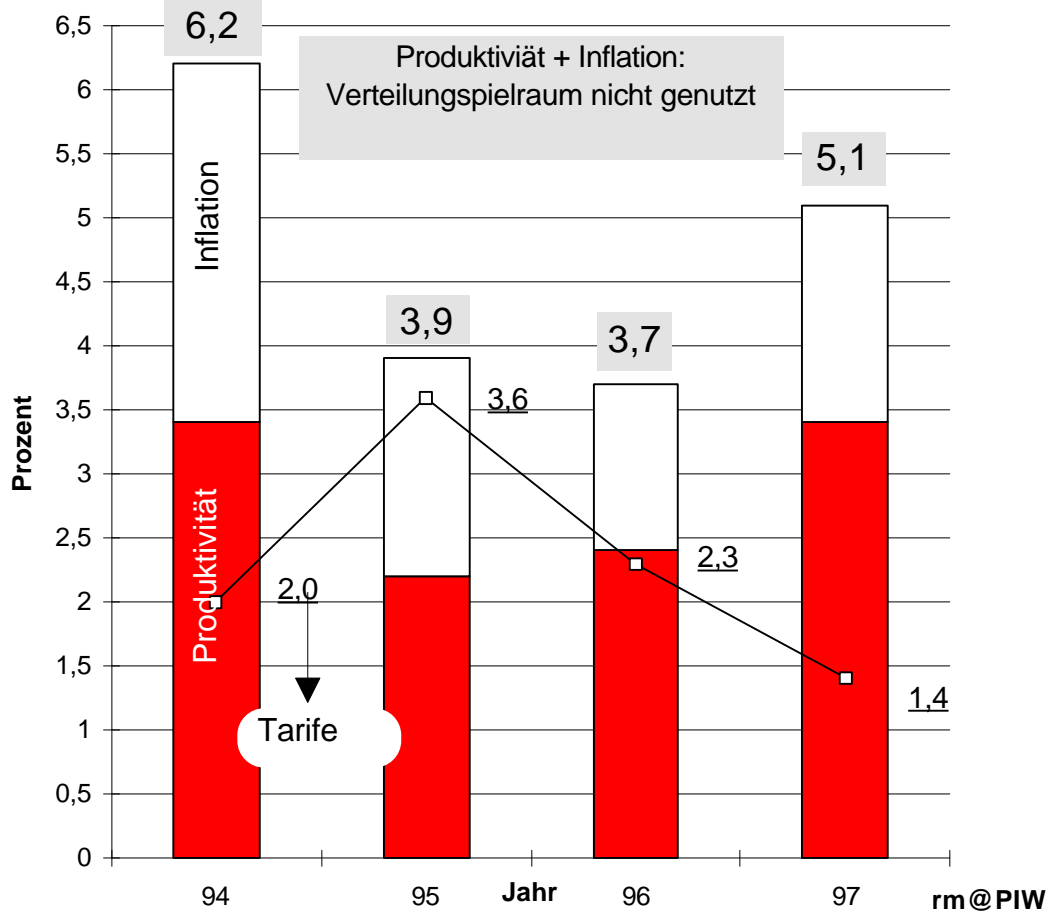
Ohne wirtschafts- und tarifpolitische Korrekturen bewirken beide Effekte eine Verschiebung der Einkommens- und Wohlstandszuwächse zugunsten der Kapitalbesitzer. Die „Gürtelthorie“ der Arbeitgeber ist also nur zu ihrem eigenen Vorteil: Wenn der Verteilungsspielraum in Form von Preissteigerungen zuzüglich Produktivitätsanstieg nicht durch Lohn- und Gehaltszuwächse ausgeschöpft wird, so nimmt der Großteil der Bevölkerung nicht am Wohlstandswachstum teil, sondern dieses fließt den Aktionären und Gewinneinkommensempfängern zu.

Tarifabschlüsse können diese Verteilungsverschiebung nur umkehren, wenn sie über den skizzierten Verteilungsspielraum hinausgehen. In den letzten 4 Jahren hingegen haben die Tarifsteigerungen zum Teil sogar weit unter der Produktivitätsentwicklung gelegen.

➤ Schaubild 6

„Die Geschichte des technischen Fortschritts der letzten 200 Jahre ist im Grunde die Geschichte der Menschheit, sich langsam aber stetig wieder ein Paradies zu schaffen. Was würde geschehen, wenn wir uns tatsächlich dort wiederfänden? Wenn alle Güter und Dienstleistungen ohne Arbeit zu haben wären, würde niemand mehr gegen Entgelt beschäftigt. Arbeitslos sein hieße aber, ohne Einkommen sein. Folglich würden im Paradies alle so lange Hunger leiden, bis sich eine den veränderten Produktionsbedingungen angepaßte Einkommenspolitik durchgesetzt hätte.“ (Wassily W. Leontief, amerikanischer Nobelpreisträger, in: Spektrum der Wissenschaft Heft 5, 1982)

Schaubild 6: Entwicklung von Produktivität, Preisen und Tarifen 1994-97
 (Alte Bundesländer, Veränderung gegen Vorjahr in vH)*



* Quelle: WSI. 2. Halbjahr 1997 geschätzt

3.

Die Arbeitgeberargumente sind falsch! - Die Verteilung ist in der Schieflage?

„Der Staat bereichert die Besserverdienenden durch Steuerverzicht und nimmt dafür eine wachsende Finanzierungslücke in Kauf. In der zweiten Runde besorgt er sich Kredite bei den Wohlhabenden, denen er zuvor Steuergeschenke gemacht hat. Die Zeche für die staatlich inszenierte Umverteilung zahlen die Lohnsteuerzahler und die Verbraucher.“
(Dieter Eißel, in: Mitbestimmung 10/97)

Folgt man der Vorstellung, die Gewinnstärkung der Unternehmen und privaten Haushalte sei Voraussetzung für Investitionen und Sicherung der Arbeitsplätze, so hat die Bundesregierung tatsächlich einen politischen Erfolg vorzuweisen:

Seit der Wende 1982 ist der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen -statistisch sind dies die sogenannten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen - von rd. 23% auf 29% im Jahr 1996 gestiegen, während spiegelbildlich der Anteil der Arbeitseinkommen von rd. 77 auf 71% gefallen ist.

Dem wird häufig entgegengehalten, daß auch Arbeitnehmern Einkommen aus Vermögen in Form von Zinsen und Aktienerträgen zuflüsse. Doch es ist kaum anzunehmen, daß die abhängig Beschäftigten ihre stagnierenden Nettolöhne durch vermehrtes Sparen und den Aufbau von Geldvermögen ausgleichen können.

Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Rahmen einer eigenen Untersuchung feststellte, fließt die Hälfte

aller Zinsen und Dividenden allein den oberen 5% der Privathaushalte zu.

Das WSI schätzt die Verschiebung von den Masseneinkommen zu den privaten Gewinn- und Vermögenseinkommen auf rund 10%, d.h. pro Jahr sind dies heute rund 200 Mrd. DM, die nicht mehr im selben Ausmaß in den privaten Konsum fließen, da Gewinn- und Vermögenseinkommen eine höhere Sparquote aufweisen.

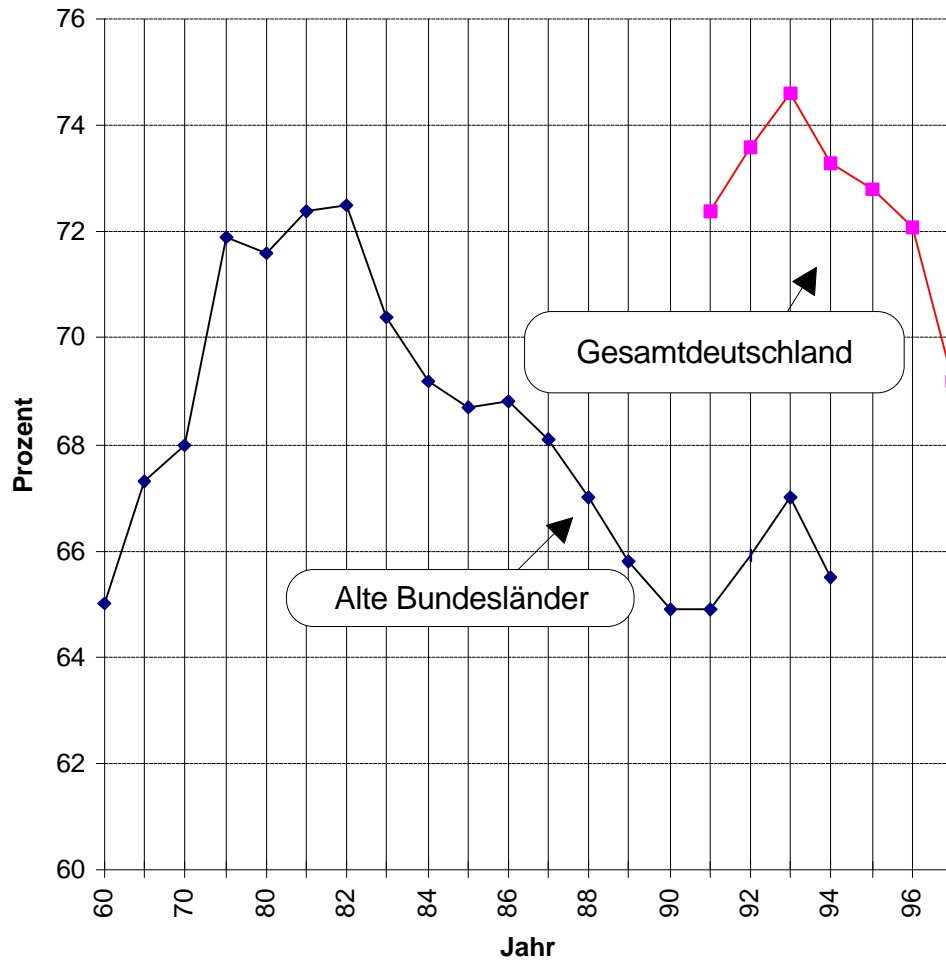
Auch die jüngsten volkswirtschaftlichen Daten belegen, daß sich die Schere zwischen allgemeiner Einkommensentwicklung und Entwicklung der Arbeitseinkommen weiter geöffnet hat.

Die sogenannte bereinigte Lohnquote bezeichnet den Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen, wobei Verschiebungen, die nur auf Grund veränderter Beschäftigtenzahlen eintreten, nicht berücksichtigt werden.

Ob nun bereinigt oder nicht, die Lohnquoten sinken seit 1982. Dies ist, trotz der Verzerrungen im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung, ein deutliches Anzeichen für eine langfristig angelegte Veränderung der Verteilungsverhältnisse zugunsten des Kapitals.

➤ Schaubild 7

Schaubild 7: Bruttolohnquote alte Bundesländer und Gesamtdeutschland 1960-97*



rm@PIW

* Quelle: WSI; Beschäftigtenstrukturbereinigte Bruttolohnquote, 1997 vorläufiges Ergebnis

Arbeits- und Gewinneinkommen:

“Es lebe der große Unterschied!”

Die Entwicklung der letzten 15 Jahre ist von einer deutlichen Umverteilung zugunsten der Bezieher höherer Einkommen gekennzeichnet.

In den alten Bundesländern sind die privaten Bruttogewinne zwischen 1980 und 1991 von 287,5 auf 639,45 Mrd. (also um 122,4%) gestiegen. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme hat im gleichen Zeitraum nur 50% zugelegt.

Parallel zur einseitigen Stärkung der Gewinn- gegenüber den Arbeitseinkommen ist die Steuer- und Abgabenlast „umgekehrt“ verlaufen.

Während die durchschnittliche Steuerquote bei Gewinneinkommen von 21,2% im Jahre 1980 auf 13,8% im Jahre 1991 zurückgefahren wurde, stieg die steuerliche Belastung der Arbeitseinkommen von 15,8 auf 17,9% an. Gesamtdeutsch ist die Gewinnsteuerquote bis 1997 stetig auf 7,1% gesunken.

Die durchschnittliche Sozialabgabenquote, der die Gewinneinkommen bekanntlich nicht unterliegen, wurde in Westdeutschland zwischen 1980 und 1997 von 12,8 auf 17,7% hochgeschraubt. Entsprechend der konservativen Steuer- und Abgabenstrategie wuchsen die Gewinneinkommen netto noch stärker als brutto, nämlich um 144,3%, während die Nettolohn- und Gehaltssumme nur eine Steigerung von 41,9% aufwies (Westdeutschland, 1980-91).

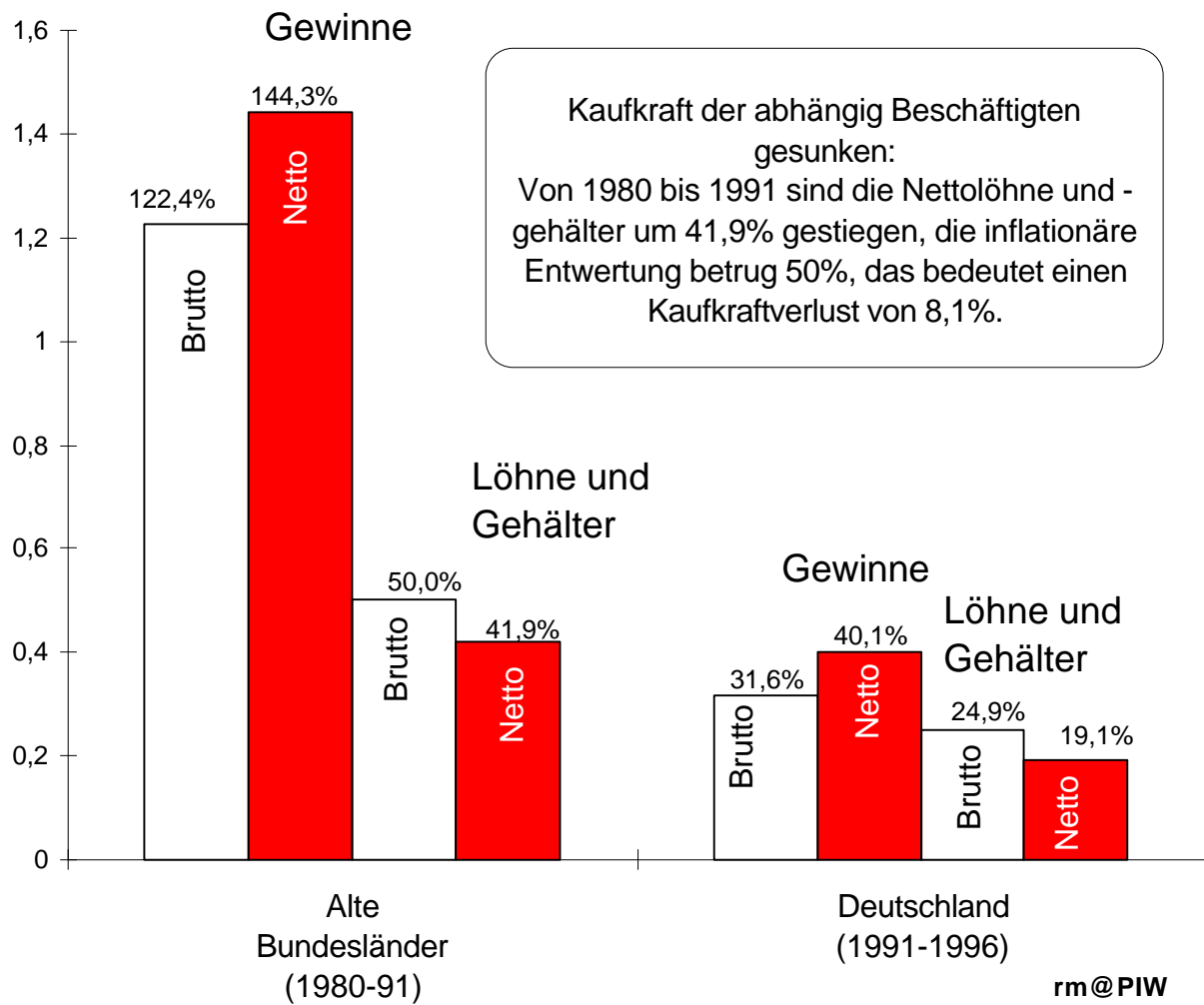
Rechnet man die gesamte inflationäre Entwertung der Einkommen durch steigende Preise in Höhe von rund 50% dagegen, so haben die westdeutschen Lohn- und Gehaltsempfänger zwischen 1980 und 1991 einen Nettoalohnverlust von rd. 8,1% (-0,7% pro Jahr) getragen, während die realen Nettogewinneinkommen sich nahezu verdoppelt haben (+ 94,3%, d.h. rd. 6,2% pro Jahr).

Mit der konservativen Wende 1982 wurde eine arbeitsfeindliche Entwicklung eingeleitet: Die Teilnahme an Wohlfahrtssteigerungen wurde auf Kapitalbesitzer beschränkt.

Auch die gesamtdeutschen Daten ab 1991 sind, entgegen vielen Verlautbarungen, kein Indiz für einen maroden Standort: Die Nettogewinne sind seit 1991 doppelt so schnell gewachsen, wie die Nettolöhne und -gehälter.

➤ Schaubild 8

Schaubild 8: Gesamtwirtschaftliche Entwicklung von Gewinn- und Arbeitseinkommen*



*Quelle: WSI; Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Gewinne) sind ohne Staat ausgewiesen.

Verfügbare Einkommen:

Nur die Selbständigen haben gewonnen!

Sinkende Lohnquoten und auseinanderlaufende Arbeits- und Gewinneinkommen werden oft mit zwei Argumenten verharmlost:

1. Die Arbeitnehmer hätten auch Gewinneinkommen in Form von Zinsen, Dividenden und Mieteinnahmen („Querverteilung“).

2. Die Arbeitnehmer würden schließlich von der staatlichen Umverteilung in Form von Steuern, Sozialleistungen und Sozialversicherungsleistungen profitieren („Sekundärverteilung“).

Da der Sozialstaat nur von einer Tasche in die andere verteile, so das Argument, sei letztlich eine genaue Kenntnis der „tieferen“ Verteilung unmöglich.

Tatsächlich ermittelt das Statistische Bundesamt seit 1962 alle 5 Jahre, zuletzt 1993, die sogenannten verfügbaren Einkommen der Privathaushalte und weist im Rahmen von Modellrechnungen auch die jährliche Entwicklung aus.

Das verfügbare Einkommen berücksichtigt alle genannten Umverteilungswirkungen, d.h. es enthält neben dem Arbeits-einkommen auch Gewinneinkommen und Sozial(versicherungs)leistungen.

Das verfügbare Haushaltseinkommen bildet den exaktesten Maßstab zur Abbildung der privaten Einkommensverhältnisse.

Stellt man das vom Statistischen Bundesamt ermittelte verfügbare Einkommen verschiedener Haushalte als Prozentsatz

des durchschnittlichen Haushaltseinkommen dar, so ergibt sich eine anschauliche Darstellung der Einkommensentwicklung. (Schaubild 9)

Kohlsche Wende: Von 1982 bis 1990 ist das Einkommen der Selbständigenhaushalte vom 1,7-fachen auf das rd. 3-fache des Durchschnittseinkommens gestiegen, während die Einkommensentwicklung aller anderen Haushalte stagnierte oder sogar zurückging.

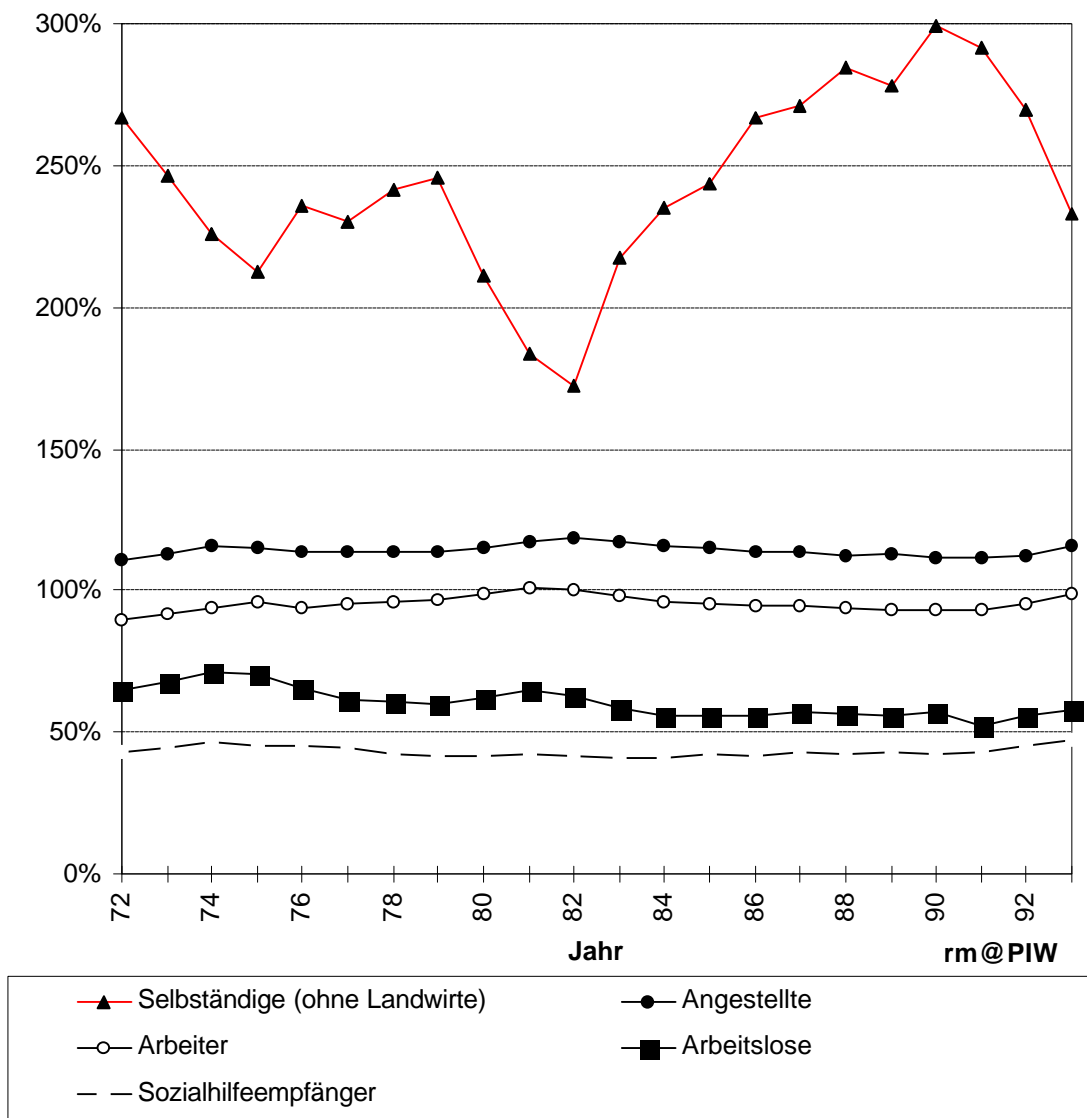
Der Konjunkturunbruch der Selbständige-einkommen in den Jahren 1991-93 ist mittlerweile wieder wettgemacht: In einer eigenen Rechnung weist das WSI für 1995/96 die Selbständige-einkommen mit dem 3,5-fachen des Durchschnitts aus, während Arbeitnehmerhaushalte in diesen Jahren erstmals unter die 100%-Marke, d.h. den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt gefallen sind.

1996 lagen Angestelltenhaushalte nach Angaben des WSI nur noch knapp über der 100%-Linie, während Arbeiterhaushalte allein zwischen 1993 und 96 von 94,7% des Durchschnittseinkommens auf 86,7% abgesunken sind.

Angesichts der explodierenden Selbständige-einkommen stellt sich wiederum die Frage, wieso die Standortbedingungen schlecht geredet werden?

Vielleicht dient das Arbeitgebermotto „Hier ist nichts mehr zu holen“ auch dazu, ausländische Konkurrenz vom deutschen Markt abzuschrecken.

Schaubild 9: Verfügbares Einkommen in westdeutschen Haushaltsgruppen in Prozent des Durchschnittseinkommens (=100)*



* Quelle: Statistisches Bundesamt

Die soziale Lage hat sich verschärft:

Mehr Armut

... trotz wachsenden Reichtums

„Freiheit und soziale Gerechtigkeit sind ein Geschwisterpaar...Auch unser Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft setzt auf beides, weil es den Menschen zum Maß seiner Ziele macht. ...Eine gute Sozialpolitik ist Fundament wirtschaftlicher Stabilität durch sozialen Frieden.“

(Norbert Blüm, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), Übersicht über die soziale Sicherung, 1991)

Diese Einsicht steht im Widerspruch zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung.

Die Anzahl der Sozialhilfeempfänger ist von rund 2 Millionen Personen im Jahr 1980 auf knapp 4,5 Millionen in 1993 angestiegen. In Westdeutschland hat sich der Anteil der Bevölkerung, der auf sogenannte laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen ist, allein in den 80er Jahren von rd. 2 auf über 4% verdoppelt und ist bis 1993 auf rd. 5% angestiegen.

➤ Schaubilder 10 und 11

Besonders erschreckend ist, daß rund ein Drittel aller Bezieher der sogenannten laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt Kinder unter 14 Jahren sind.

Nach den Kriterien der wissenschaftlichen Armutsforschung, die auch von der EU-Kommission anerkannt werden, gilt ein deutscher Sozialhilfehaushalt als arm, da er über weniger als 50% des Durchschnittseinkommens verfügt.

Neben dem 50-% Kriterium, das auf die sogenannte einfache Armut verweist, wird bei einem Unterschreiten der 40% bzw. 60%-Schwelle von harter bzw. milder Armut gesprochen.

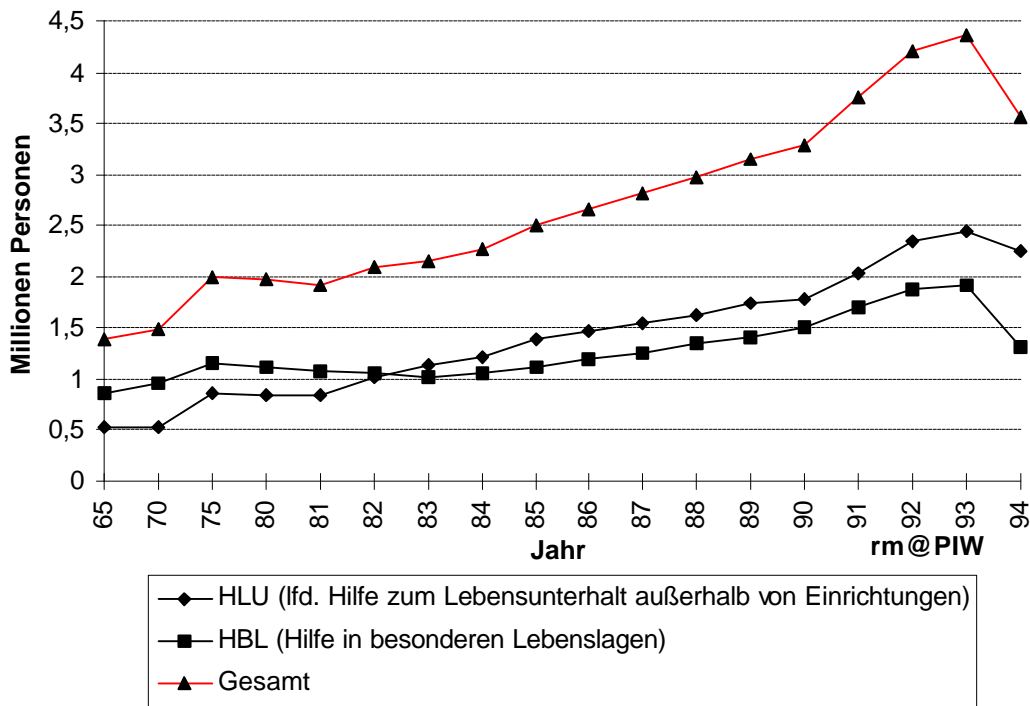
Legt man diese Armutskriterien zugrunde, so lebten 1995 nach Angaben des DIW rund 12,5% der deutschen Bevölkerung, d.h. mehr als 10 Millionen Menschen, in einfacher Armut.

Ein Großteil dieser Armut ist sogenannte verdeckte Armut, d.h. es gibt von Armut betroffene Personen, die nicht in der Sozialhilfestatistik erscheinen, weil sie ihre Ansprüche aus Scham, Unkenntnis oder der Angst, ihre Kinder würden herangezogen, nicht geltend machen.

Trotz der alarmierenden Zahlen wehrt sich die Bundesregierung mit Scheinargumenten gegen einen laufenden offiziellen Armutsbericht.

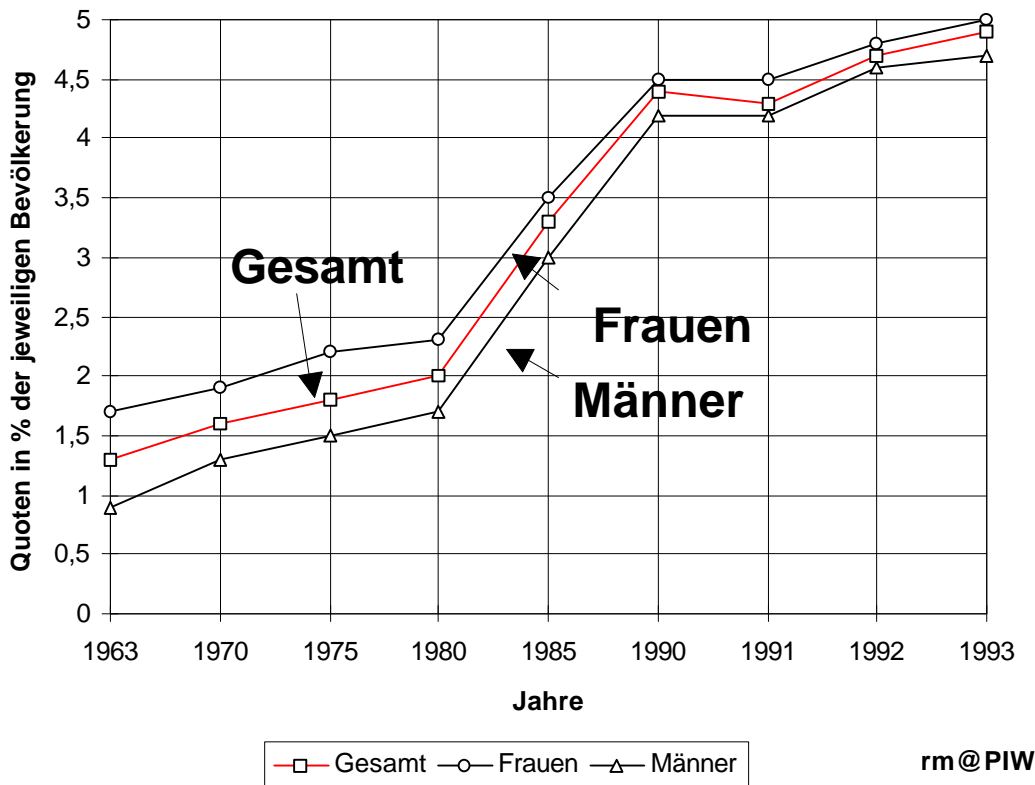
Die Bundesregierung hält eine Armutsberichterstattung schon deshalb für wenig zweckmäßig, weil der Begriff 'Armut' nicht allgemeingültig definiert werden kann.“ (Deutscher Bundestag, in: BT-Drucksache 10/6055, 24.9.1986)

Schaubild 10: Anzahl Sozialhilfeempfänger (1965-1994)*



* Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; ab 1991 Deutschland. Seit 1993 rein statistische Entlastung durch Asylbewerberhilfegesetz: Asylbewerber und „geduldete“ Ausländer werden nicht mehr in der Sozialhilfestatistik geführt.

Schaubild 11: Quote der Empfänger laufender Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen (Westdeutschland 1963-1993)



* Quelle: Statistisches Bundesamt

Nach einem pragmatischen Reichtumsbegriff ist ein Haushalt reich, der monatlich über das Doppelte des Durchschnittseinkommens, d.h. im Westen über rund 10.000 DM, verfügen kann.

Legt man diesen Begriff zugrunde, so lassen die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vermuten, daß sich die Anzahl reicher Haushalte in den 80er Jahre in etwa verdoppelt hat, nämlich von knapp einer Million auf knapp zwei Millionen Haushalte mit etwa 5 Millionen Menschen.

Die Zahl ist tatsächlich jedoch höher, da die entsprechenden Befragungen des Statistischen Bundesamtes freiwillig sind. Daher können Monatseinkommen über 35.000 DM nicht erfaßt werden, weil „sich Haushalte mit sehr hohem Einkommen nicht oder nur unzureichend zur Teilnahme bereit finden...“, wie es in einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes heißt.

Trotz dieser Einschränkung hat nach den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes das obere Drittel westdeutscher Privathaushalte im Vergleich zum unteren Drittel mehr als das Dreifache an verfügbarem Einkommen, nämlich 56% des gesamten Privateinkommens im Vergleich zu 17% beim unteren Drittel.

So lag etwa das Pro-Kopf-Einkommen in Selbständigenhaushalten zwischen 1984 und 1993 rund 30.000 DM/Jahr höher als in Arbeiterhaushalten. Zu 6% über 18 Jahre angelegt wächst dieser Betrag zu rund einer Million DM heran, so daß jedem Zögling des durchschnittlichen Selbständigenhaushaltes mit der Volljährigkeit auch der Millionärsstatus sicher wäre.

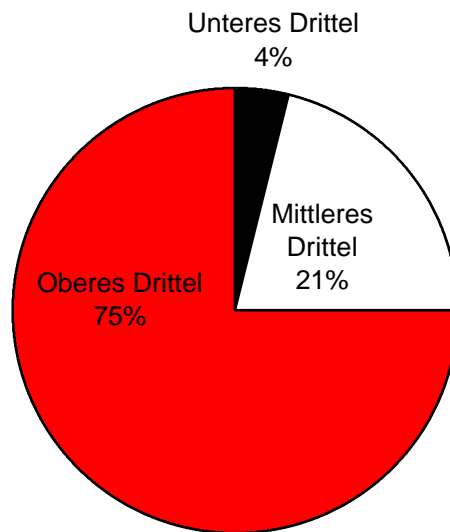
„...so zeigt sich nun, daß die Öffentlichkeit auch über jene, die im Zentrum des Wohlstands leben, wenig weiß, wissen soll.“
(Ernst-Ulrich Huster, in: Neuer Reichtum und alte Armut, 1993)

Aus hohem Einkommen läßt sich bekanntlich auch besser sparen, d.h. wiederum einkommensträchtiges Geldvermögen in Form von Wertpapieren, Lebensversicherungen, Bausparguthaben etc. bilden. Allerdings sind die Geldvermögen noch ungleicher verteilt als die verfügbaren Einkommen.

Von den knapp 5 Billionen DM an privatem Geldvermögen in Westdeutschland entfallen auf das obere Drittel der Haushalte rd. 75 %, während das untere Drittel lediglich 4% des gewaltigen privaten Reichtums sein eigen nennen kann.

➤ Schaubild 12

Schaubild 12: Geldvermögensverteilung unter den Privaten Haushalten in Westdeutschland*



* Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW, eigene Berechnungen.

Es ist alles still, wie in einer verschneiten Winter-
nacht. Nur ein leiser monotoner Tropenfall. Das
sind die Zinsen, die laufend hinabtröpfeln auf die
Kapitalien, welche beständig anschwellen, man
hört sie ordentliche wachsen, die Reichtümer der
Reichen.“

(Heinrich Heine, 1842)

Lohnsteuerstaat auf Abwegen:

Kohl, Waigel und die Steuergerechtigkeit!

„Im Frankfurter Villenvorort Bad Homburg bekommen die Einkommensmillionäre dank geschickter Abschreibung derzeit Steuern erstattet. Viele höchst profitable Unternehmen werden auch in den kommenden Jahren keine Körperschaftsteuer zahlen. Insgesamt sind die Einnahmen aus der Besteuerung von Kapitaleinkommen seit 1980 von 6 Prozent auf knapp 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gefallen.“

(Lorenz Jarass, Professor für Wirtschaftswissenschaften (Wiesbaden), in: Die Woche vom 16.1.1998)

Die Steuergerechtigkeit ist in der Ära Kohl Zug um Zug außer Kraft gesetzt worden: Die Besteuerungslast der Unternehmensgewinne wurde von 33,6% in 1980 auf 18,3% in 1993 zurückgeführt, während die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung von 15,8 auf 18,7% anstieg.

Die Körperschaftsteuer als wichtigste Unternehmenssteuer hatte in der Vollbeschäftigungszeit der 60er Jahre noch einen Anteil am gesamten Steueraufkommen von rd. 7 bis 9%, der Lohnsteueranteil lag zwischen 11 und 18%. Seit 1991 trägt die Körperschaftsteuer nur noch 2 bis 5 % zum gesamten Steueraufkommen bei, während der Lohnsteueranteil auf Werte zwischen 31 und 35% angestiegen ist.

Die sogenannte veranlagte Einkommensteuer, d.h. die Steuer der Freiberufler und Selbständigen, ist von 1991 bis 94 von rd. 41 auf 17 Mrd. DM zurückgegangen. (Schaubild 13) Der Arbeitskreis 'Steuerschätzung' des DIW veranschlagt die Staatseinnahmen aus veranlagter Einkommensteuer für 1997 und 98 auf nur noch 5 Mrd. DM.

Da die veranlagte Einkommensteuer als eine Art „statistischer Restposten“ (Deutsche Bundesbank)

fungiert, werden Steuerrückerstattungen aller Arbeitnehmer, vom Kilometergeld bis zu Verlusten aus Vermietung und Verpachtung, mit ihr verrechnet. Die explosionsartige Zunahme dieser Rückerstattungen erklären die Steuerschätzer damit, daß auch höherverdienende Angestellte die Möglichkeiten der Steuergestaltung über Schiffsbeteiligungen, Flugzeugfonds und fiktive Quellensteuerbescheide zu entdecken beginnen.

Klar ist zumindest, daß man seit der deutsch-deutschen Vereinigung den Kauf einer Ostimmobilie im Wert von einer Million DM innerhalb von 2 Jahren mit 500.000 DM steuerlich abschreiben kann. Bei einem rechnerischen Spitzensteuersatz von 53% schießt der Staat also rund 250.000 DM zum Hauskauf dazu. Auch ein privates Fördergebiedarlehen 'Ost' kann mit 12% von der Steuer abgeschrieben werden.

Die Finanzierung der deutsch-deutsch Vereinigung ist wesentlich von den gesetzlich Sozialversicherten getragen worden (Transferzahlungen); profitiert davon haben die Besserverdienenden mit „hohem Steuersatz“, die bekanntlich keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, weil sie privat vorsorgen und zudem durch mehr oder weniger legale Abschreibungsmodelle reale oder fiktive Verluste zur Reduzierung ihrer Steuerverpflichtungen nutzen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Kein Großverdiener zahlt 53% Einkommensteuer. Egal wie hoch sein steuerliches Einkommens ist, die ersten 120.000 DM unterliegen der üblichen Progression, erst dann wird der Höchstsatz fällig. Bei einem steuerlichen Jahreseinkommen von 200.000 DM heißt dies, daß der durchschnittliche Steuersatz rund zehn Prozentpunkte unter dem Spitzensteuer-

satz liegt. Im Übrigen ist Steuersatz nicht gleich Steuerbelastung.

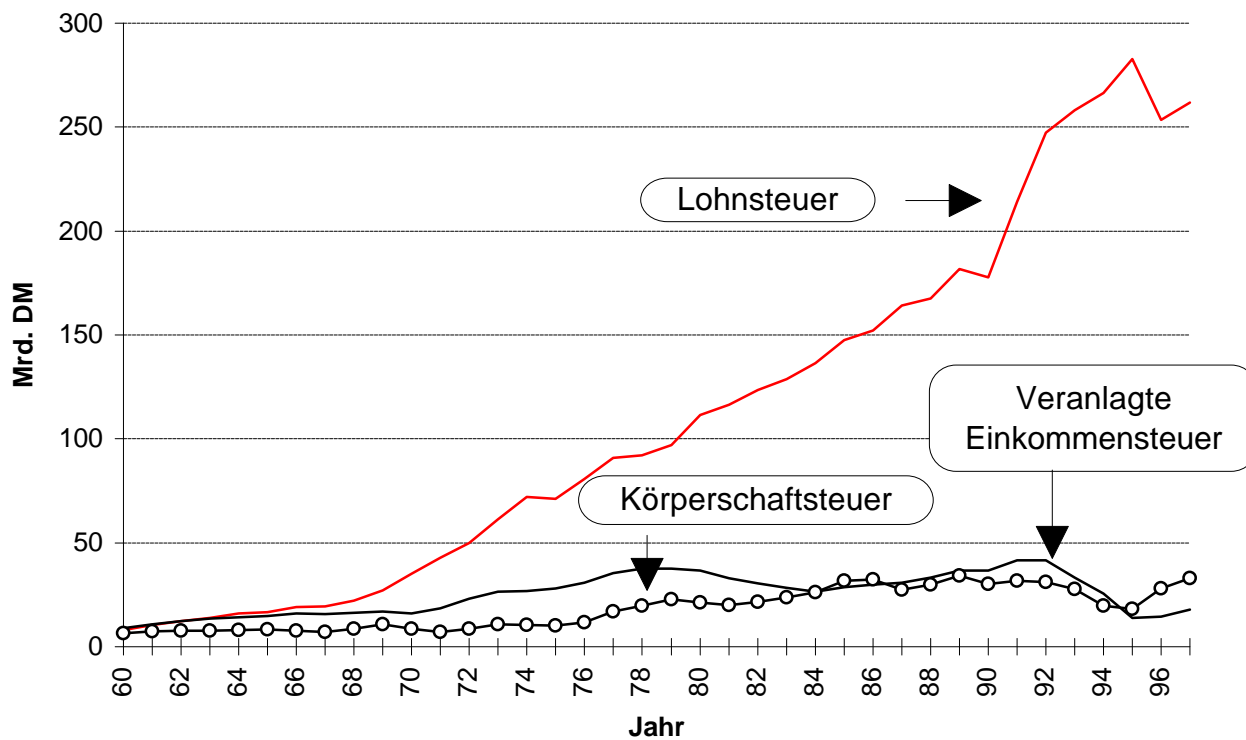
Die tatsächliche Last von Steuern und Abgaben wird mit der Umverteilungsquote gemessen, d.h. dem Unterschied zwischen gesamtem Bruttoeinkommen, aus welchen Quellen auch immer es kommen mag, und tatsächlich verfügbarem Einkommen.

Wie das WSI in einer jüngeren Untersuchung feststellte führte ein Selbständigenhaushalt 1980 noch rund ein Drittel seines Gesamteinkommens an den Staat ab. Doch die Umverteilungsquote ging stetig

bergab und 1996 waren es nur 17,4 %. Bei den Arbeitnehmerhaushalten ist die durchschnittliche Belastung des Gesamteinkommens im selben Zeitraum von rd. 23 auf über 30% hochgefahren worden.

„Die Arbeitnehmer haben die Zinsen für die Staatsschulden aus ihrer Lohnsteuer gezahlt; erhalten werden sie diejenigen, die dem Staat Geld leihen konnten; die Ölscheichs, die Banken und die Höherverdienenden.“
(Norbert Blüm, 1981, vor der Regierungsübernahme.)

Schaubild 13: Entwicklung wichtiger Steuerarten (1960-97)*



* Quelle: Bundesministerium für Finanzen; ab 1991 gesamtdeutsch; 1996 und 1997 Schätzungen

4.

Politik der Gewinne

Falsche Diagnose ... falsche Therapie

„...der Ansatzpunkt der angebotsorientierten Politik liegt darin, günstige Bedingungen dafür zu schaffen, daß neue und bessere Güter angeboten werden und daß damit mehr Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen. Sicherlich hängt der Erfolg dieser Strategie auch davon ab, daß sich für das Angebot auch Nachfrage findet. Unternehmen, die investieren, reagieren aber nicht nur auf bereits wirksame Nachfrage, sie setzen vielmehr auf künftige Nachfrage: Die Kaufkraft dafür wird durch die im Wachstumsprozeß ermöglichten Einkommenszuwächse erst geschaffen...“ (Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1997/98)

Neue und bessere Produkte lautet die Verheißung der Angebotspolitik. Doch wichtige Fragen bleiben offen:

1. Kann man allein auf die arbeitsplatzschaffende Kraft von Produkterneuerungen hoffen, wenn die neuen Produkte mit immer weniger Arbeitskraft produziert und verkauft werden?
2. Welche neuen Produkte sollen Millionen Erwerbsloser in Brot und Arbeit bringen? Wird das Auto vielleicht zum zweiten Mal erfunden, wenn nur die Gewinne hoch genug sind?
3. Warum sollten die Unternehmen auf zukünftige Nachfrage setzen, wenn sie seit Jahren eine schwache Entwicklung von

Massenkaufkraft und Konsum beobachten können?

Wenn die Nachfrage durch die Lohnabschlüsse geschwächt wird und trotz der Lohnsenkungen die Arbeitslosigkeit steigt, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war, dann werden die inländischen Absatzmärkte träge und die Unternehmen investieren tendenziell weniger.

„Genau diese Konstellation liegt derzeit in Deutschland vor: Nominallohnsteigerungen, die hinter der Produktivitäts- und (...) Preissteigerungsrate zurückbleiben, und steigende Beschäftigungsrisiken sind die Vorzeichen, unter denen die privaten Haushalte ihre Konsumentscheidungen zu treffen haben. Gleichzeitig ist aber durch diese Lohnpolitik eine Unterbietung der ausländischen Konkurrenz an den Weltmärkten gelungen, wodurch Marktanteilsgewinne möglich wurden. Die Spaltung der Konjunktur in binnenwirtschaftliche Schwäche und außenwirtschaftlichen Boom ist die Folge dieser lohnpolitischen Strategie. Eine Fortsetzung dieser Strategie(...) wird, wie das Beispiel Japans zeigt,(...) scheitern.“ (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 1-2/98)

Die angebotspolitischen Parolen Lohn-senkung, Sozialstaatsabbau und Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind nicht neu, wie ein an Reichskanzler Brüning gerichtetes Empfehlungsschreiben des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“ vom 4. Mai 1931 beweist.

„Der Wirtschafts- und Finanzplan (...) der Reichsregierung (...) ging von der Feststellung aus, daß die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Soziallasten bedingten Gestehungskosten einer Anpassung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse an die Umwälzungen auf dem Weltmarkt hemmend im Wege steht. (...) Die deutsche Industrie hat sich dieser Auffassung (...) in vollem Umfang angeschlossen. (...) Die deutsche Sozialpolitik muß endlich den seit Jahren von ihr eingehaltenen verhängnisvollen Weg der fortgesetzten Erhöhung der Einnahmen und der Leistungen der Sozialversicherungsträger aufgeben und das Ziel verfolgen, die Ausgaben ohne Zuschüsse aus dem Reichsetat zu decken. Das kann aber nur durch eine Senkung der jetzt weit überhöhten Leistungen geschehen. (...) Die gegenwärtige Wirtschaftslage verlangt mehr als je eine Auflockerung der bestehenden Erstarung auf dem Gebiete von Lohn- und Arbeitszeit, wenn es gelingen soll, in unserer Selbstkostengestaltung das Ziel zu erreichen, das (...) der Regierung vorgeschwebt hat. Wir halten (...) die bisher durchgeführten Lohnsenkungen in ihren Auswirkungen noch nicht für zureichend. Die Selbstkosten müssen von der Lohnseite her weitere Entlastung erfahren. Nur auf diesem Wege kann auf die Dauer eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und eine Vermehrung der Arbeitsplätze erreicht werden. (In: Flemming, J., Krohn, C.D., u.a., (Hg.), Die Politik von Weimar, Bd. 2, Das sozialökonomische System, 1979, S. 325 ff.)

Der Versuch, einem Einbruch von Produktion und Nachfrage durch massives Sparen zu begegnen, wird unter Ökonomen als Brüningsche Politik bezeichnet. Die Folgen dieser Strategie sind bekannt.

„Es ist so, als wollte der Arzt seinen unterernährten Patienten durch eine massive Abmagerungskur kurieren.“ (Karl-Georg Zinn, Professor für Volkswirtschaftslehre (Aachen), in: Jenseits der Markt-Mythen. Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege. 1997, S. 40)

Das Konzept der Angebotspolitik setzt auf Verzichtleistungen bei der Lohn- und Gehaltsentwicklung. So schreibt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage in seinem jüngsten Jahresgutachten.

„...die deutsche Lohnpolitik (müsse) darauf achten, daß sie die Verteilungsspielräume nicht überdehnt, stiegen die Lohnstückkosten hierzulande zu stark, würden zahlreiche Unternehmen Marktanteile verlieren, viele Beschäftigte ihren Arbeitsplatz...“ (Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1997/98, Ziff. 360)

Doch bei näherer Betrachtung stellt sich die empfohlene Therapie als falsch heraus: Niedrigere Löhne gehen mit höherer Arbeitslosigkeit einher.

Der einzelne Unternehmer wird diese Aussage ablehnen: Wenn die Arbeitseinkommen „seiner“ Arbeitnehmer sinken, dann steigt sein Gewinn und, so die Hoffnung, er wird investieren.

Wer aber garantiert, daß mit steigenden Gewinnen nicht mehr Arbeitsplätze durch Rationalisierungsinvestitionen vernichtet werden als neue hinzukommen? Wer garantiert, daß steigende Gewinne nicht einfach in Finanzanlagen oder höheren Luxuskonsum fließen? Lohnverzicht ist eine Vorleistung, die von Unternehmen beliebig genutzt werden kann: Seit 1980 haben sich die sogenannten Eigenmittel der Unternehmen mehr als verdoppelt, d.h. sie können heute ihre gesamte Bruttoinvestition aus eigenen Finanzmitteln bestreiten.

Die GIB-Formel $\text{Gewinne} = \text{Investition} = \text{Beschäftigung}$ unterstellt, daß es über bescheidene Lohnpolitik und höhere Gewinne zu mehr Investition, Wachstum und Beschäftigung käme. Doch diese Gleichung geht nicht mehr auf.

Die im Vergleich zu den Arbeitseinkommen geradezu explosionsartige Gewinnentwicklung der letzten 15 Jahre hat nicht zu mehr Wachstum geführt, im Gegenteil die Investitionsquote ist sogar gesunken. Gleichzeitig sind die massiven steuerlichen Entlastungen im Unternehmenssektor durch Sozialstaatsabbau gegenfinanziert worden: Doch Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit steigen weiter.

„Weder die ökonomische Theorie noch die Empirie sprechen dafür, daß das, was der Sachverständigenrat Angebotspolitik nennt, ausreicht, um Stokungen der Investitionstätigkeit zu beheben.“
(Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 1-2/98)

5.

Stärkung der Massenkaukraft und Verkürzung der Arbeitszeit

Der historische Trend marktwirtschaftlicher Produktion zielt auf verstärkten Kapitaleinsatz unter fortschreitendem Verzicht auf Arbeitsleistung. 1960 wurde in Westdeutschland mit rund 56 Mrd. Arbeitsstunden ein reales Bruttoinlandsprodukt im Wert von einer Billion DM erstellt. 1996 waren es 2,7 Billionen bei einem Arbeitseinsatz von nur noch 44 Mrd. Stunden. Im Vergleich zu 1960 wird heute also ein fast dreifaches Inlandsprodukt mit rund 20% weniger Arbeitsvolumen erstellt.

➤ Schaubild 14

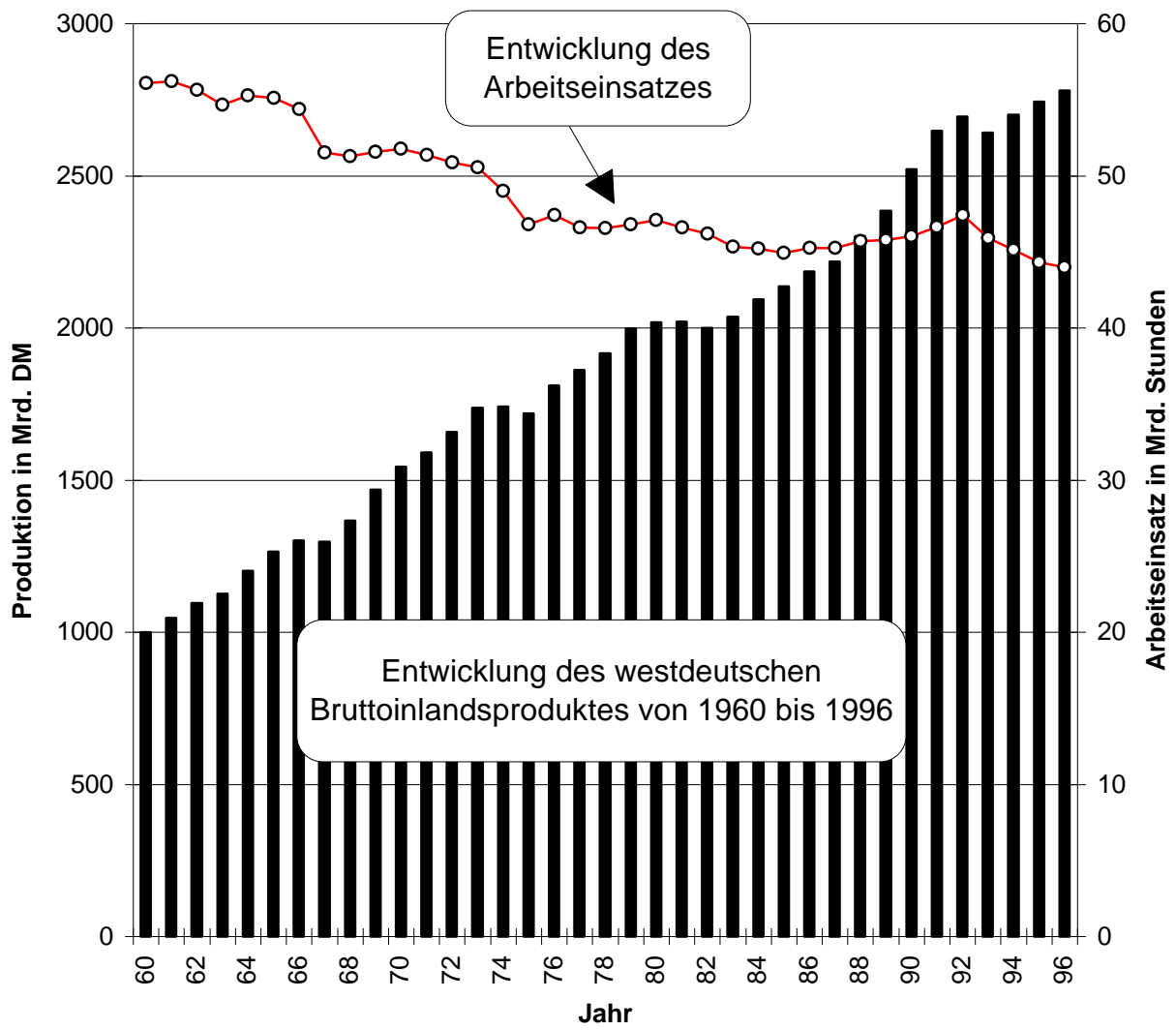
Diese gesamtwirtschaftliche Arbeitszeiterparnis ist zu rund 50% als tarifliche Wochenarbeitszeitverkürzung an die Beschäftigten weitergegeben worden. Hätte man gänzlich auf individuelle Arbeitszeitverkürzungen verzichtet, so gäbe es heute mehr als 10 Millionen Arbeitslose zusätzlich.

Ein Ende des Produktivitätsfortschrittes ist nicht absehbar. Daher muß auch mit langfristig angelegter Arbeitszeitverkürzung gegengesteuert werden. Und, da Massenarbeitslosigkeit nicht nur ein deutsches sondern auch ein europäisches Phänomen ist, muß bei der Arbeitszeitverkürzung auf ein abgestimmtes europäisches Vorgehen gedrängt werden. Die Regierungen Frankreichs und Italiens haben weitere Arbeitszeitverkürzung bereits auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Auch die Bundesrepublik Deutschland braucht auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stärke die Vorreiterrolle nicht zu scheuen.

Statt ungerechtfertigte Ängste um den Standort zu verbreiten, sollten wieder nützliche Ziele verfolgt werden. Nicht zuletzt wegen der 4,5 Millionen arbeitslosen Menschen in Deutschland und der 18 Millionen Arbeitslosen in Europa gehören dazu kürzere Arbeitszeiten.

Schaubild 14: Arbeitseinsatz und Produktion 1960-1996 (Westdeutschland)*



* Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung

„Die Konsumnachfrage (...) stellt eine starke Bremse im bisherigen Aufschwung dar. Der private Verbrauch, dessen Anteil am Bruttoinlandsprodukt 1996 bei 57 vH lag, nahm 1997 - trotz nochmals gesunkener Sparquote - real um weniger als ein halbes Prozent zu. (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 1-2/98.

Der angebliche „Aufschwung“ seit Ende 1994 stellt in der Konjunkturgeschichte der Bundesrepublik ein historisches Sonderereignis dar: Anders als in früheren Aufschwüngen steigt die Arbeitslosigkeit weiter an, Investitionen und privater Verbrauch kränkeln: Die Zuwachsraten des Privatkonsums liegen auf dem Niveau früherer Wirtschaftskrisen. Der Export dagegen wächst mit der bis zu 20-fachen Rate. (Schaubild 15)

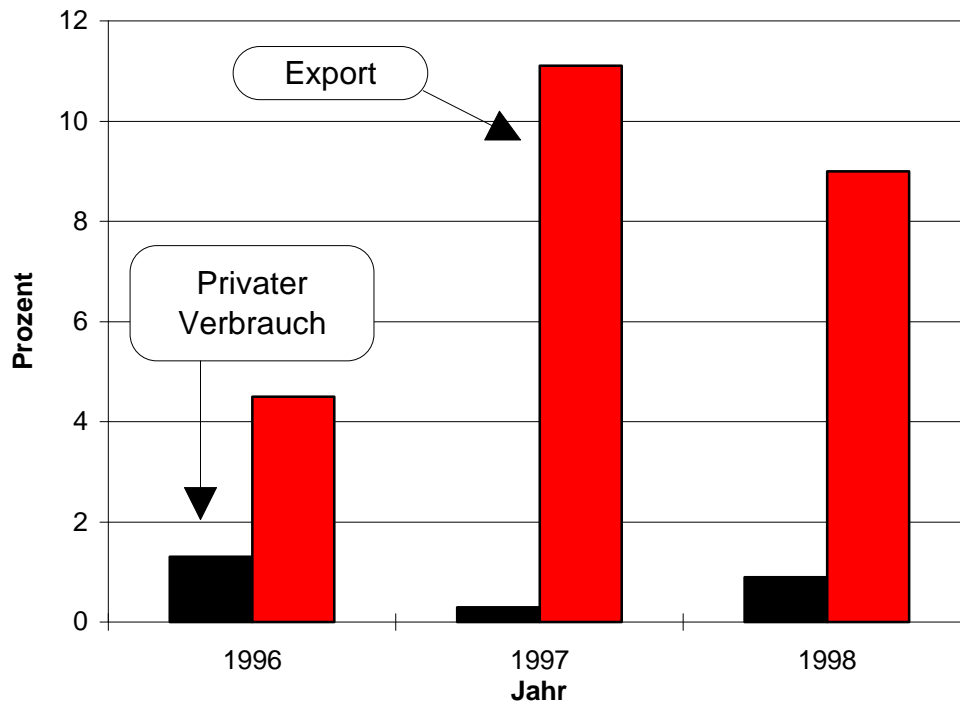
Dieses neue Konjunkturbild ist Folge der grandiosen Umverteilungspolitik der letzten 16 Jahre: Setzt man die inländische Massenkaufkraft über Sozialstaatsabbau und Reallohnverzicht unter Druck, verliert man Inlandsnachfrage, die auch ein noch so laut zischendes Exportventil nicht ausgleichen kann.

Gleichzeitig ist mit der krisenhaften Umverteilungspolitik und der Hoffnung, das Spiel mit der Exportkarte gewinnen zu können, ein gesellschaftliches Klima geschaffen worden, das der angeblich zu kostenintensiven (Arbeits-)Bevölkerung den schwarzen Peter für die Massenarbeitslosigkeit zuschiebt.

Arbeitskosten aber sind Inlandsnachfrage, die nicht straflos gedrückt werden kann. Gefordert ist daher in den nächsten Jahren eine deutliche Rückverteilung zugunsten der seit Jahren geschwächten Masseneinkommen. Für die abhängig Beschäftigten bedeutet dies, daß mit Löhnen und Gehältern neben dem Inflationsausgleich der Produktivitätsfortschritt vergütet werden muß. Geschieht dies nicht, bleibt die angeschlagene Verteilungsposition der abhängig Beschäftigten erhalten oder verschlechtert sich weiter.

Die Folgen werden die sein, die schon in den vergangenen Jahren zu beobachten waren.

Schaubild 15: Wachstum von Privatem Verbrauch und Export (1996-98)
(Veränderung gegenüber Vorjahr in %)*



* Quelle: DIW; in Preisen von 1991; Gesamtdeutschland; 1997 und 98 Vorausschätzung

Ausgewählte Quellen:

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1996), Memorandum '96, Standortdebatte und Europäische Währungsunion, Köln, insb. S. 106 ff.
- Bedau, Klaus-Dietrich (1995), Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1994, in: DIW-Wochenbericht, 25, S. 435-442
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1998), Bundesrepublik Deutschland: Warten auf die Inlandsnachfrage, in: DIW-Wochenbericht, H. 1-2, S. 13-41.
- Erhard, Ludwig (1992), Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf
- Irrgang, Frank, Münster, Rolf (1995), Dauerarbeitslosigkeit in entwickelten Marktwirtschaften, in: Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung, 1, S.1-28, insb. S. 14ff.
- Ganßmann, Heiner (1997), Soziale Sicherheit als Standortproblem, in: Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 106, S. 5-28
- Tofaute, Hartmut, Steuerverteilung in der Schieflage. Steigende Lohnsteuerquote - sinkende Gewinnsteuerbelastung, in: WSI-Mitteilungen, 48 (1995)
- Afheldt, Horst (1994), Wohlstand für Niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder, Frankfurt am Main.
- Huster, Ernst-Ulrich, Neuer Reichtum und alte Armut, Düsseldorf 1993
- Derselbe (1996), Reich, schön, gut. Wieviel soziale Distanz verträgt die Gesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1, s. 92-100,
- Köddermann, Ralf (1996), Sind Löhne und Steuern zu hoch? Bemerkungen zur Standortdiskussion in Deutschland, in: ifo-Schnelldienst, Nr. 20/1996
- Münster, Rolf (1996), Dauerhafte Massenarbeitslosigkeit. Eine langfristige Analyse der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung vor dem Hintergrund der Theorienvielfalt, in: KAB (Hg.), Arbeiterfragen, 5, S.3-24.
- Neubäumer, Renate (1997), Hat Westdeutschland ein Standortproblem?, in: Wirtschaftsdienst, VII, S. 408-415.
- Reuter, Norbert (1998), Zwischen Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Marburg (erscheint demnächst)
- Derselbe, Arbeitslosigkeit bei ausbleibendem Wachstum - das Ende der Arbeitsmarktpolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B35/97, 22. August 1997
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, Jahresgutachten 1997/98, November 1997

- Schäfer, Claus (1996) Mit falschen Verteilungs-“Götzen“ zu echten Standortproblemen. Zur Entwicklung der Verteilung in 1995 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen, 49, S. 598-602
- Derselbe (1997), Verteilungspolitik: Chronik eines angekündigten politischen Selbstmords. Zur Verteilungsentwicklung in 1996/97 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen, 10, S. 669-689
- Wendl, Michael (1997), Die angebotspolitische Wende in der Tarifpolitik, in: Prokla, 106, S. 98-111
- Zinn, Karl Georg (1997), Jenseits der Markt-Mythen. Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege
- Derselbe (1982), Die Selbsterstörung der Wachstumsgesellschaft. Politisches Handeln im ökonomischen System, Reinbek bei Hamburg (im Buchhandel nicht mehr erhältlich)
- Zwiener, Rudolf (1993), Verteilungsprobleme in Westdeutschland, in: DIW-Wochenbericht, 37, S. 501-507